

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltenen Zeilen oder deren Raum 100 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 100 Pfg., Realitäten 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 199.

Freitag, den 26. August 1921.

28. Jahrgang.

Friede mit Amerika!

Unterzeichnet!

Berlin, 25. August.

Heute nachmittag um 5 Uhr ist im Arbeitszimmer des Reichsaußenministers Dr. Rosen der deutsch-amerikanische Friedensvertrag unterzeichnet worden. Außer dem amerikanischen Geschäftsträger Drefel und dem Reichsaußenminister Dr. Rosen waren bei der Unterzeichnung von amerikanischer Seite vier weitere Persönlichkeiten zugegen. Nach der Unterzeichnung des Vertrages sprach der amerikanische Geschäftsträger Drefel in kurzen Worten die Überzeugung aus, daß die deutsch-amerikanischen Beziehungen sich nunmehr erfreulicher gestalten mögen. Dr. Rosen antwortete, daß die Blide Deutschlands beim Abschluß dieses Vertrages auf die Zukunft gerichtet seien und gab seinerseits der Hoffnung Ausdruck, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern sich erfreulich gestalten würden.

Dr. L. Lübbed, 26. August.

Endlich ist der Kriegszustand zwischen Amerika und Deutschland offiziell beendet. Damit fällt der Schleier der Vergangenheit endgültig über ein Stück deutsche Politik, das zu den verhängnisvollsten und folgenschwersten seit je gehört. Nationalistische Verblendung und militaristischer Hochmut haben im Jahre 1917 uns die Feindschaft Amerikas eingebracht; sie haben damit der Entente den Zuwachs verschafft, den sie zum endgültigen Siege unbedingt brauchte.

Amerika hat sich aber der Entente nicht angeschlossen, sondern nur assoziiert; und als der Friedensvertrag von Versailles gerade unter dem Einfluß Wilsons — einen Völkerbund ins Leben rief, da sträubte sich das amerikanische Volk gegen solche Pläne. Man will dort seine völlige Freiheit behalten, da man an eine weltbeherrschende Zukunft der Vereinigten Staaten glaubt. Aus diesen Gründen lehnt Amerika alle Bündnisse und alle völkerrechtlichen Bindungen ab. Die Antrittsbotschaft Hardings im März zeichnete in dieser Richtung klar die Absicht der zurzeit herrschenden republikanischen Partei.

Aber nicht nur der Völkerbund ist der amerikanischen Politik nicht genehm, sie will außerdem auch mit den inneren europäischen Gebietsstreitigkeiten nichts zu tun haben. Aus diesen Gründen scheidet der deutsch-amerikanische Vertrag (wie sich aus dem Wortlaut ergibt) mehrere wichtige Teile des Versailler Vertrages aus: die Teile 1 (Völkerbund), 2 und 3 (territoriale Verschiebungen in Europa), Teil 4 Abschnitt 2—8 (Bestimmungen über Siam, China, Liberia, Marokko, Ägypten, Türkei und Bulgarien), Teil 7 (Auslieferung) und Teil 8 (internationale Regelung des Arbeiterrechts).

Die amerikanische Regierung legt, wie sie hat mitteilen lassen, den Hinweis auf Section 2 der Friedensresolution dahin aus, daß sie keine neuen Rechte gegenüber dem Deutschen Reich geltend macht und daß sie nicht über die Rechte hinausgeht, welche ihr durch den Friedensvertrag von Versailles gewährt und durch den Hinweis auf jenen Vertrag im vorliegenden Vertrag festgelegt werden. Außerdem stellt der Vertrag ausdrücklich fest, daß Amerika von den ihm zustehenden Rechten nur in der Weise Gebrauch machen wird, daß dabei die Deutschland nach dem Versailler Vertrag zustehenden Rechte gewahrt bleiben. Die Nichtaufnahme des Teiles 8 des Versailler Vertrages über die internationale Regelung der Arbeit ist gegen den Vorschlag der deutschen Regierung erfolgt. Ihre Verjüngung, die amerikanische Regierung zur Anerkennung dieses Teiles zu veranlassen, sind nicht gelungen, wohl wegen des engen Zusammenhangs seiner Bestimmungen mit dem von Amerika abgelehnten Völkerbund.

Nach dem Inkrafttreten des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages sollen nach dem Willen beider Teile die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen beiden Ländern alsbald wieder aufgenommen werden. Auch sollen alsbald Verhandlungen über die Regelung der künftigen Handelsbeziehungen, deren Pflege auch die amerikanische Regierung als erwünscht bezeichnet hat, sowie über alle für die Beziehungen der beiden Länder bedeutsamen Fragen, insbesondere also auch über die mit dem Vertrage zusammenhängenden Fragen, eingeleitet werden. Hinsichtlich des deutschen Eigentums ist in der Section 5 der Friedensresolution bestimmt, daß dieses als Pfand zurückgehalten werden soll, bis Deutschland wegen seiner Verpflichtungen

genügende Sicherheiten gegeben hat. Die amerikanische Regierung hat im übrigen erklärt, daß der Abschluß des Friedensvertrages den Weg ebnen würde, um alle auf das beschlagnahmte deutsche Eigentum bezüglichen Fragen in gerechter und billiger Weise zu regeln.

Die Tatsache springt nach allem Obigen in die Augen, daß Washington seine ganzen Beziehungen zu Deutschland nur noch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten einzustellen wünscht. Das ist das eine, was zu berücksichtigen ist bei der Würdigung des jetzt abgeschlossenen Friedens, das andere aber ist ein gewisser Umschwung in der Stimmung des amerikanischen Volkes.

„Die Deutschland ruinierenden Friedensklauseln will man uns in Amerika als Mittel zum Wiederaufbau des leidenden Europa suggerieren. Für uns wäre es das Beste, die Friedensbedingungen und den Völkerbund von einander zu trennen, jede Materie für sich zu behandeln. Wir können unseren eigenen Friedensvertrag haben, da unsere Armee als eine gesonderte im Felde stand und kämpfte. Wir wollen keine Siegerbeute; wir wollen aber auch nicht Polizisten zum Schutze der Beute der Alliierten und zum Schutze der imperialistischen Regierungen sein; wir wollen uns nicht dazu hergeben, den Imperialismus der Alliierten zu schützen, die jetzt fremde Länder und Völker beherrschen nach eben den Methoden, die ein wahrer Völkerbund verbieten und verhindern müßte.“

So schrieb vor einiger Zeit der ehemalige Minister des Innern in den Vereinigten Staaten, Charles Nagel, in dem angesehenen „American Monthly“. Heute, nach der Unterzeichnung des amerikanischen Friedensvertrages ist es an der Zeit, an dieses Wort zu erinnern. Die in dieser Aussage zum Ausdruck kommende politische Auffassung ist in den Vereinigten Staaten nach dem Abflauen der Kriegshysterie viel weiter verbreitet gewesen, als es nach außen hin den Anschein gehabt hat. Allerdings ist bei der Erzeugung und Verbreitung dieser Auffassung auch die Kraft die wirksamste gewesen, die wir oben schon nannten, und die seit jeher den praktisch denkenden Amerikaner am meisten bewegt hat: die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Gewiß: Amerika hatte eine gute Finanzlage, einen gewaltigen Goldbestand; der Dollar stand auf schier schwindelnder Höhe. Und doch zeigte, je länger, je deutlicher, dieser Wirtschaftskörper keine stählernen Muskeln, sondern nur ungesundes Fett. Der hohe Stand des Dollars hinderte die valutaschwachen Nationen, mit Amerika Geschäfte zu machen, wobei es sich gerade um Völker handelte, die mit Amerika vor dem Kriege in der lebhaftesten Geschäftsverbindung gestanden hatten. Das für Amerika wichtigste unter diesen Ländern aber war Deutschland.

Es kam daher für den Kenner der Dinge nicht überraschend, als vor einiger Zeit bekannt wurde, daß zwischen Deutschland und Amerika (die noch nicht einmal Frieden untereinander geschlossen hatten) sich Besprechungen über Verhandlungen anbahnten, deren Ziel ein neuer Handelsvertrag sei. In diesem Augenblick wußte man auch, daß der Friedensvertrag das Wert der aller-nächsten Zeit werden mußte, da die Handelsvertragsverhandlungen das Fortbestehen des — sagen wir: friedenslosen Zustandes einfach nicht mehr litten.

Wie festam die Handels- und die sonstigen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten vor dem Kriege gewesen sind, geht daraus hervor, daß beim Ausbruch des Krieges sich in Deutschland amerikanische Vermögenswerte von annähernd einer halben Milliarde Mark befanden (rund 453 117 000 Mk., wovon bis zum 31. Januar 1921 145 229 000 Mk. freigegeben waren, während sich 307 883 000 Mark noch in Verwaltung befanden).

Der Abbruch solcher Beziehungen geht für keines der beteiligten Länder ohne Spuren vorüber. Amerika braucht uns und wir brauchen Amerika. Die wirtschaftspolitische Logik dieses Umstandes hat sich als wirksamer erwiesen, als alle willkürlichen praktischen Konstruktionen drüben und (vielleicht auch) hien.

Die Verhandlungen über den Handelsvertrag werden geheim gehalten. Welche Bedeutung ihnen aber beigemessen werden, ergibt sich aus der Tatsache, daß Deutschland öfter den Versuch gemacht hat, seine tüchtigsten Wirtschaftsexperten während dieser Zeit der Verhandlungen für die deutsche diplomatische Vertretung nach Washington zu bringen. Hoffentlich setzt sich die berufene wirtschaftliche Logik bei den Verhandlungen auf beiden Seiten so energisch durch, daß der deutsch-amerikanische Handelsvertrag, der ja ungleich wichtiger und wesentlicher als der Friedensvertrag selbst sein wird, die zukünftigen Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu einem beide Teile befriedigenden Höchstmaß führen kann.

Der Wortlaut des Vertrages.

In seinen wesentlichen Teilen lautet der deutsch-amerikanische Friedensvertrag wie folgt:

Artikel 1.

Deutschland verpflichtet sich, den Vereinigten Staaten zu gewähren, die Vereinigten Staaten sollen besitzen und genießen alle Rechte, Privilegien, Entschädigungen, Reparationen oder Vorteile, die in dem vorgenannten Beschlusse des Kongresses der Vereinigten Staaten vom 2. Juli 1921 näher bezeichnet sind, mit Einschluß aller Rechte und Vorteile, die zu Gunsten der Vereinigten Staaten von Nordamerika in dem Vertrag von Versailles festgelegt und die die Vereinigten Staaten in vollem Umfange genießen sollen, ungeachtet der Tatsache, daß dieser Vertrag von den Vereinigten Staaten nicht ratifiziert wurde.

Artikel 2.

In der Absicht, die Verpflichtungen Deutschlands gemäß dem vorhergehenden Artikel mit Beziehung auf gewisse Bestimmungen des Vertrages von Versailles näher zu bestimmen, besteht Einverständnis zwischen den hohen vertragsschließenden Teilen darüber:

1. daß die Rechte und Vorteile, die in jenem Vertrage zugunsten der Vereinigten Staaten festgelegt sind und die die Vereinigten Staaten besitzen und genießen sollen, diejenigen sind, die im Abschnitt 1 des Teiles 4, in den Teilen 5, 6, 8, 9, 10, 11, 12 sowie 14 aufgeführt sind. Wenn die Vereinigten Staaten die in den Bestimmungen jenes Vertrages festgelegten und in diesem Paragraphen erwähnten Rechte und Vorteile für sich in Anspruch nehmen, werden sie dies in einer Weise tun, die mit den Bestimmungen nach diesen Bestimmungen zustehenden Rechten im Einklang steht.

2. daß die Vereinigten Staaten nicht an die Bestimmungen des Teiles 1 jenes Vertrages nach irgendwelche Bestimmungen jenes Vertrages, mit Einschluß der in Nr. 1 dieses Artikels erwähnten, gebunden sein sollen, die sich auf die Völkerbunds-satzung beziehen, daß auch die Vereinigten Staaten durch keine Maßnahme des Völkerbundes, des Völkerbundsrates oder der Völkerbundsversammlung gebunden sein sollen, es sei denn, daß die Vereinigten Staaten ausdrücklich ihre Zustimmung zu einer solchen Maßnahme geben.

3. daß die Vereinigten Staaten keine Verpflichtungen aus den Bestimmungen des Teiles II, Teiles III, Abschnitt 2 bis einschließlich 8, Teiles IV und Teiles XIII des bezeichneten Vertrages oder mit Beziehung auf diese Bestimmungen übernehmen.

4. daß, während die Vereinigten Staaten berechtigt sind, an der Reparationskommission gemäß den Bestimmungen des Teiles VIII jenes Vertrages und an irgend einer andern auf Grund des Vertrages oder eines ergänzenden Übereinkommens eingesetzten Kommission teilzunehmen, die Vereinigten Staaten nicht verpflichtet sind, sich an irgend einer solchen Kommission zu beteiligen, es sei denn, daß sie dies wollen.

5. daß die im Artikel 140 des Vertrages von Versailles erwähnten Fristen, so weit sie sich auf eine Maßnahme oder eine Entschädigung der Vereinigten Staaten beziehen, mit dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages zu laufen beginnen sollen.

Artikel 3.

Der gegenwärtige Vertrag soll gemäß den verfassungsrechtlichen Formen der hohen vertragsschließenden Teile ratifiziert werden und sofort mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der sobald als möglich in Berlin stattfinden wird, in Kraft treten. Zu Urkund dessen unterzeichneten die beiderseitigen Bevollmächtigten den Vertrag und haben ihre Siegel beigefügt.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift.

Berlin, den 25. August 1921.

H. Rosen Ellis Doring Drefel

Pariser Erwartungen für Wiesbaden.

Paris, 25. August.

Die Morgenpresse mißt der morgigen Zusammenkunft Coucheurs mit Rathenau eine außerordentlich große Bedeutung bei. Coucheur ist gestern früh von Holland zurückgekehrt und hatte im Laufe des Tages zwei lange Unterredungen mit Briand. Das der Regierung nahestehende „Petit Journal“ meint, man dürfe hoffen, daß es gelingen werde, diesmal ein endgültiges Abkommen zu treffen, dessen Grundzüge bei der ersten Unterredung vorbereitet werden könnten. Eine Persönlichkeit aus der unmittelbaren Umgebung des Wiederaufbauministers Coucheur erklärte einem Mitarbeiter des „Extrior“ über die Reise des Ministers nach Wiesbaden, wahrscheinlich werde auch nicht mehr die Rede von den deutschen Holzhäusern sein. Die französischen Industriellen können solche Häuser zu weit besseren Bedingungen liefern als die deutschen. Die Hauptfrage, die in Wiesbaden behandelt werden solle, werde die Frage der Kohlenlieferungen sein.

Die Schlichtungsordnung.

Von Th. Leipart.

Gegen die Absicht, die die Regierung mit dem Entwurf einer Schlichtungsordnung verfolgt, nämlich den Arbeitsfrieden nach Möglichkeit zu sichern, kann grundsätzlich auch von der Arbeiterschaft nichts eingewendet werden. Seit dreißig Jahren und länger haben unsere Partei und die Gewerkschaften schon die Forderung erhoben, daß staatliche Organe einzuflehen seien, um bei Arbeitskonflikten zu vermitteln. Bescheidene Anfänge einer solchen behördlichen Vermittlungstätigkeit haben wir in Deutschland seit 1890 in den Einigungsämtern der Gewerbeämter. In den mehrfachen Entwürfen für ein Arbeitsstammesgesetz, die 1908, 1910 und 1918 den Reichstag beschäftigten, war die Errichtung allgemeiner Einigungsämter vorgesehen. Aber das Arbeitsstammesgesetz ist bekanntlich nicht zustande gekommen. Dafür gelang es dem Einfluß der Gewerkschaften, als 1916 das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst beschlossen wurde, es durchzusetzen, daß den für die Entscheidung von Streitigkeiten über die Erteilung des „Arbeitsheims“ in diesem Gesetz vorgesehenen Ausschüssen — den späteren Schlichtungsausschüssen — auch die Zuständigkeit für Streitigkeiten über die Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen eingeräumt wurde. Damit war endlich auch in Deutschland eine behördliche Einrichtung geschaffen, die dazu diente, in die Lohn- und Arbeitskämpfe vermittelnd und schlichtend einzugreifen. Nachdem aber das Hilfsdienstgesetz längst beseitigt ist und die Schlichtungsausschüsse nur durch Verordnung bisher erhalten geblieben sind, muß der Reichstag jetzt ein neues Gesetz beschließen, wenn die Einrichtung dauernd bestehen bleiben soll. Dazu soll die neue Schlichtungsordnung bestimmt sein.

Trotz des grundsätzlichen Einverständnisses mit einer gesetzlichen Regelung des Schlichtungswesens wird der vorliegende Entwurf in weiten Kreisen der Arbeiterschaft heftig bekämpft. Man nennt ihn ein Antikriegsgesetz. Zum Teil ist dies auf seine etwas üble Vorgeschichte zurückzuführen. Ein vorausgegangener erster Entwurf zeigte nämlich, wie leicht weil in der Zeit der vielen wilden Streiks entstanden, tatsächlich allzu deutlich die Absicht, das Streikrecht sehr stark einzuschränken. Er wurde deshalb auch von den Gewerkschaften energig zurückgewiesen und mußte verschwinden. Aber der Argwohn bei der Arbeiterschaft ist geblieben und die notwendige Kritik von damals wirkt heute noch nach. Die heftigen Angriffe würden sicher weniger heftig sein, wenn der Entwurf der Regierung nicht diese üble Vorgeschichte hätte. Darunter müssen auch jetzt die mancherlei Vorzüge leiden, die er unzweifelhaft aufweist.

Entscheidend für die Stellungnahme der Arbeiter ist der § 55 des Entwurfs, der vorschreiben will, daß „vor der Anwendung von Kampfmaßnahmen die zuständige Schlichtungsstelle oder Schlichtungsbehörde anzurufen“ ist. Streiks sollen nicht stattfinden dürfen, bevor die Schlichtungsstelle oder die Schlichtungsbehörde angerufen worden ist, und einen Schiedsspruch gefällt hat; ebenso natürlich auch keine Aussparungen.

Die Regierung beruft sich in der Begründung des Entwurfs darauf, daß es sich bei diesen Forderungen nur um eine „von den beteiligten Berufsgruppen selbst freiwillig anerkannte Verpflichtung“ handle, der nunmehr gesetzlich allgemeine Anerkennung zu verschaffen sei. Gewiß ist es richtig, daß die Gewerkschaften die Verpflichtung, vor dem Kampf alle Mittel einer friedlichen Verständigung zu erschöpfen, von jeher anerkannt und sie in ihren Satzungen sowie in den meisten Tarifverträgen auch ihren Mitgliedern auferlegt haben. Aber eignet sich schon jede freiwillig anerkannte Verpflichtung dazu, in einen gesetzlichen Zwang zu verwandeln zu werden? Die organisierte Arbeiterschaft kennt noch andere freiwillige Verpflichtungen, die auch gesetzlich allgemein anzuerkennen weder Regierung noch Reichstag geneigt sein dürfte.

Es ist bekannt, daß trotz der weitgehenden Disziplin, die den Gewerkschaften mit Recht nachgerühmt wird, doch mitunter auch Streiks ausbrechen, ohne daß alle Mittel der friedlichen Verständigung vorher erschöpft wurden. Es handelt sich dabei nicht immer um „wilde“ Streiks, wie wir sie in den erregten Zeiten nach der Revolution allzu häufig erlebt haben. Sondern oft genug müssen die Gewerkschaften eine solche plötzliche Arbeitseinstellung nachträglich anerkennen und unterliegen, weil die Arbeiter unter einem Zwange, z. B. einer Provokation von Seiten der Arbeitgeber, gehandelt haben. Namentlich bei Abwehrstreiks kommen diese Fälle vor. Sie sind seltener in den alten Tarifgewerben, in denen sowohl Arbeitgeber wie Arbeiter sich an ordnungsmäßige Verhandlungen schon gewöhnt haben, während sie in den Industrien, deren Arbeitgeber sich noch vor wenigen Jahren überhaupt weigerten mit den Gewerkschaften zu verhandeln und Vereinbarungen mit ihnen zu treffen, häufiger vorkommen.

Daß diese Fälle durch die in § 55 in Aussicht genommene gesetzliche Verpflichtung auch nicht aus der Welt geschafft werden, ist unzweifelhaft. Der erste Entwurf wollte sie mit Strafbestimmungen verhindern. Aber auch wenn diese Strafbestimmungen aus dem Gesetz entfernt worden sind, stellt trotzdem § 55 nicht etwa nur eine moralische, sondern eine rechtliche Verpflichtung auf. „Die Folgen einer Verletzung dieser Verpflichtung sind nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu beurteilen“, sagt die Begründung. Also wird auch ohne die ursprünglich beabsichtigten Strafbestimmungen jede Arbeitseinstellung, die ohne vorherige Anrufung der Schlichtungsbehörde stattfindet, als unerlaubte Handlung verfolgt werden und Schadenersatzansprüche nach sich ziehen können.

Hieraus ergibt sich, daß, solange die Gewerkschaften die erwähnten Ausnahmen von der Regel gelten lassen müssen, sie nicht in die vorstehende Gefahr gebracht werden dürfen. Der Reichstag wird deshalb prüfen müssen, ob die beabsichtigten Ausnahmen von der Verpflichtung des § 55 in das Gesetz ausdrücklich aufgenommen werden können. Andernfalls muß von der Aufstellung einer rechtlichen Verpflichtung ganz Abstand genommen werden.

Völlig unbegründet und ungewinnlich erscheint mir außerdem die geplante Vorschrift, daß die Schlichtungsstelle oder die Schlichtungsbehörde in jedem Falle unbedingt einen Schiedsspruch fällen muß. Gegen dieses Verlangen sprechen alle praktischen Erfahrungen. Mit vollem Recht gewährt der Entwurf den streitenden Parteien in bezug auf den unparteiischen Vorsitzenden und die Richter sehr weitgehende Freiheiten. Man sollte auch die Fällung eines Schiedsspruches davon abhängig machen, daß die Parteien ihn fordern. Nur wenn beide Parteien nach vernünftigen

Schlichtungsversuchen einen Schiedsspruch verlangen und im voraus erklären, daß sie sich ihm unterwerfen wollen, darf der Schlichtungsbehörde die Pflicht auferlegt werden, einen Spruch zu fällen. In allen anderen Fällen soll man es ihrem Ermessen überlassen, ob sie noch Lage der Umstände sich auf Schlichtungsversuche beschränken und auf einen Schiedsspruch verzichten will. Der Verhandlungszwang, soweit er mit den obigen Ausnahmen durchführbar ist, darf nicht zu einem Schiedsswang erweitert werden. Denn ein den Parteien gegen ihren Willen auferlegter Schiedsspruch ist leicht geneigt, die Kampfstimmung noch zu verschärfen.

Für die gemeinnützigen Betriebe enthält der § 55 noch weitere erhebliche Beschränkungen des Streikrechts, die von den Gewerkschaften insbesondere aus dem Grunde abgelehnt werden, weil der Begriff der Gemeinnützigkeit viel zu weit ausgedehnt worden ist. Außer den schon im Entwurf aufgezählten sollen auf Antrag der Reichsregierung und der Landesregierungen auch noch andere Betriebe und Verwaltungen dauernd oder auf bestimmte Zeit vom Reichswirtschaftsrat und den Bezirkswirtschaftsräten für gemeinnützig erklärt werden dürfen. Unter diesem Gesichtspunkt gewinnen die einengenden Vorschriften für die gemeinnützigen Betriebe eine solche Bedeutung, daß auch diese Bestimmungen des § 55 für die Arbeiter unannehmbar sind.

Ein besonderer Schuß für die wirklich gemeinnützigen Betriebe soll hiermit nicht abgelehnt werden. Für sie mag der Zwang zu Verhandlungen vor der Anwendung von Kampfmaßnahmen ohne Ausnahme gelten. Auch auf eine gewisse Schutzfrist zwischen Verhandlungsende und Kampfbeginn kann die Arbeiterschaft nach meinem Dafürhalten wohl eingehen. Die Notwendigkeit, daneben noch eine qualifizierte Mehrheit für die Abstimmung über den Streikbeschluss gesetzlich vorzuschreiben, verneine ich jedoch und meine, daß man sich in dieser Hinsicht mit den bestehenden Satzungsbestimmungen der Gewerkschaften begnügen kann. Ebenso ist die Überwachung der Abstimmung durch den Gewerbeaufsichtsbeamten, die der Entwurf außerdem noch einführen will, als eine fränkende Bevormundung der Gewerkschaften abzulehnen.

Es ist übrigens augenscheinlich, daß diese ganzen Bestimmungen des Entwurfs aus mangelndem Vertrauen zu den Gewerkschaften, d. h. zur Gewerkschaftsdisziplin entstanden sind. Leider kann den Vätern des Entwurfs hieraus nicht einmal ein Vorwurf gemacht werden, denn sie werden sich auf die Vorgänge in der letzten Vergangenheit berufen, die den guten Ruf der deutschen Gewerkschaften allerdings geschädigt haben. Deshalb ist es auch ein Glück, daß die Schlichtungsordnung nicht schon in jener Zeit unter dem unmittelbaren Eindruck von Streikbewegungen, die der gewerkschaftlichen Leitung entzogen waren, beraten und beschlossen worden ist. Denn wenn auch die gewerkschaftliche Schulung und Disziplinierung der vielen Tausende neu gewonnener Mitglieder noch nicht überall gelungen sein mag, so ist doch unverkennbar, daß die Gewerkschaften inzwischen ihren alten Einfluß wiedererlangt haben. Die jetzige große Lohnbewegung aus Anlaß der neuen Teuerung wird dafür eine Probe aufs Exempel sein und ich glaube, daß die deutsche Arbeiterschaft sie mit Ehren bestehen wird. Dann wird es um so leichter sein, das Streikrecht zu schärfen.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn.

Wien, 26. August. Das ungarische Korrespondenzbureau meldet, sämtliche Komitate des Landes hätten gestern in Budapest eine Generalversammlung ab, in der eine Entschliessung gefaßt wurde, welche die Regierung auffordert, die diplomatischen Beziehungen mit Oesterreich abbrechen und sofort die Grenzperre in Kraft treten zu lassen.

Beendigung des Eisenbahnerstreiks in Posen und Pommern.

Warschau, 26. August.

Die polnische Telegraphenagentur meldet: Der polnische Eisenbahnerstreik in Posen und Pommern ist beendet. Gestern nachmittag wurde im Posener Schloß das Protokoll unterzeichnet, in dem die verarmten Vertreter der Berufsverbände der polnischen Eisenbahner erklärten, daß sie nach einer Reihe von Konferenzen mit den Regierungsvertretern bereit seien, die Arbeit im Bereich der Posener und Danziger Eisenbahndirektionsbezirke in vollem Umfange wieder aufzunehmen.

Nur zwei Passagiere von ZRH gerettet.

London, 25. August.

Nach den letzten Nachrichten aus Hull sind nur zwei Passagiere des Luftschiffes ZRH gerettet worden. Beide sind schwer verwundet. Das Luftschiff hatte eben die Luftschiffhalle verlassen, als es beim Überfliegen der Stadt plötzlich in Flammen geriet. Die Flammen rissen das Luftschiff in zwei Teile, die mit den Passagieren zu Boden stürzten. Die beiden Hälften des Luftschiffes liegen im Humber in einer Entfernung von zwei Kilometern voneinander. Aus den Trümmern sind bereits einige Leichen herausgeholt worden, darunter nur zwei, die identifiziert werden konnten. An Bord befanden sich 49 Personen, darunter 17 amerikanische Offiziere und General Maclean, einer der bekanntesten englischen Luftschiffer. Die Ursache der Katastrophe ist bisher noch unbekannt. Tausende von Personen haben sich nach der Unglücksstelle begeben.

Ein Sieg der englischen Arbeiterpartei.

London, 26. August.

Bei einer Erziehungswahl für das Parlament in Caerphilly in Wales wurde ein Mitglied der Arbeiterpartei mit 13 699 Stimmen gewählt. Ein Koalitionsliberaler erhielt 8958 und ein Kommunist 2592 Stimmen.

Brand im New Yorker Hafen.

London, 26. August.

Reuter meldet: In Hoboken sind durch Brand zwei Anlagensboots vernichtet worden, wobei ein Transportschiff mit Leichen der in Frankreich gefallenen amerikanischen Soldaten gefährdet wurde.

Das Transportschiff „Rheath“, auf dem sich 2000 Gefallene befanden, mußte von dem brennenden Pier abgehleppt werden. Die Ursache des Brandes ist noch unbekannt.

Das Kabinett Wirth zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

London, 26. August.

Deutschland soll in verbindlicher Form die Erklärung abgegeben haben, es würde einer Einladung des Völkerbundes, sei es zu einer Einvernehmung, sei es zum Beitritt in den Völkerbund, Folge leisten. Dagegen sei Deutschland nicht geneigt, aus seiner abwartenden Haltung in dieser Frage herauszutreten. Das Kabinett Wirth wünscht nicht, daß Deutschland in den Mittelpunkt der Diskussion der Völkerbunderversammlung in diesem Augenblick gestellt wird.

Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Regierung und Staatsbediensteten.

Berlin, 26. August.

Amlich wird gemeldet: Die unter dem Vorsitz des Reichskanzlers geführten Verhandlungen der Reichsregierung mit den Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter haben gestern in den späten Abendstunden zu einer Einigung geführt. Das Reichskabinett wird mit größter Beschleunigung zu dieser Vereinbarung Stellung nehmen. Mit ihrer Annahme darf heute gerechnet werden. Nach Verabredung mit den Führern der Reichstagsfraktionen sollen die erhöhten Bezüge alsbald nach Zustimmung des Reichsrates angewiesen werden. Die Zustimmung des Reichstages wird nachträglich eingeholt werden.

v. Batocki Reichskommissar für Wiederaufbau.

Berlin, 26. August.

Ammermann Dr. Guggenheimer hat das auf wiederholten Wunsch des Reichskabinetts im Mai d. J. übernommene Amt des Reichskommissars zur Ausführung von Aufbaumaßnahmen in den zerstörten Gebieten niedergelegt. Das seit Anfang 1920 bestehende Amt als Oberpräsident der Rücklieferungskommission behält Dr. Guggenheimer bis auf weiteres bei. Ebenso hält er sich an internationalen Verhandlungen weiterhin zur Verfügung. Augenblicklich weilt er anlässlich der Ministerzusammenkunft in Wiesbaden. An seiner Stelle hat der Reichspräsident den Oberpräsidenten a. D. v. Batocki zum Reichskommissar ehrenamtlich ernannt.

Kommunistischer Parteitag.

Dritter Verhandlungstag.

Der Kampf um das Referat Trotskis wurde fortgesetzt. Hinter diesem Kampf verbirgt sich der Gegensatz zwischen der Linken und der Rechten der K. P. D. Dabei scheint die Zentrale sich aus Besorgnis um die Haltung der Gewerkschaftler auf die Seite der Rechten geschlagen zu haben.

Unter den Rednern des Mittwochs war auch Maslow-Berlin, der zunächst unter dem Namen Börner auftrat und dem Maslow im Laufe einer Polemik unter großer Heiterkeit zurief: „Was der Schredliche, auch Deine Herrschaft geht zu Ende!“ Maslow scheint gewissermaßen der Gefandte Rubels zu sein, der wiederum in Opposition gegen Lenin und gegen das Exekutivkomitee steht. Klara Zetkin machte aus ihrer Sympathie für Paul Levi auch heute kein Geheimnis.

Die Berlin-Brandenburger Delegation hatte ihre Haltung gegenüber dem Vertreter der Moskauer Exekutive, Kolaroff, gerechtfertigt, von ihm aber nur eine unbefriedigende Erklärung erhalten. Sie wird dem Moskauer Exekutivkomitee eine ausführliche Darlegung zugehen lassen. Sie protestiert gegen die falsche Unterrichtung des K. P. D. durch unverantwortliche mit der Organisation nicht in Verbindung stehende Genossen. Diesem Protest haben sich eine ganze Anzahl Bezirke angeschlossen, die sich der Moskauer Anrempelung von „Linken Dummköpfen und Schredlichen“ beleidigt fühlen. Sie wollen aber trotzdem ihre Pflicht tun, bis das K. P. D. einsieht, daß sie recht gehandelt im Interesse der Weltrevolution. Diesem Protest hat sich auch die Delegation der russischen Kommunisten in Deutschland angeschlossen.

In seinem Geschäftsbericht mahnte der Parteivorstand, die Parteimitglieder eindringlich, ihre Beitragspflicht so zu erfüllen, daß die Partei auf Zuschüsse von anderer Seite verzichten könne. Zu einem Antrag an Herausgabe der hinterlassenen Schriften Rosa Luxemburgs erklärte Pieck, daß die Manuskripte im Besitz einer Dame sind, die durch Bruch der Parteidisziplin aus der Partei ausgeschieden und gewissermaßen Privatsekretärin Paul Lenins geworden sei. Danach ist es also fraglich, ob die K. P. D. diese Manuskripte erhalten wird.

Auch die Beschwerdekommission verlangt von der Partei, daß sie sich von Zuschüssen ausländischer Bruderparteien unabhängig mache.

Ein Redner aus Rheinland-Westfalen erklärte, daß von einer Stärkung der Partei nach der Märzaktion nicht gesprochen werden könne. Dazu habe auch die Tätigkeit der unkontrollierten und von außen eingeleiteten Oberbezirksleitungen beigetragen.

Eberlein meint, der Kampf gegen die Oberbezirksleitungen werde nur dort geführt, wo vor der Märzaktion Miesingung oder daß gegen die Zentrale herrschte. Ueber die Steuerfragen und die wirtschaftlichen Kämpfe hält Stöcker die übliche Agitationsrede mit demagogischen Forderungen, deren agitatorische Bedeutung er auch rückhaltlos zugibt.

Die verschiedenen Resolutionen zum Weltkongress sollten von der Redaktionskommission vereinheitlicht werden. Sie hat aber die von der Linken beantragte schärfste Zurückweisung der Kritik Trotskis wesentlich abgeschwächt und auch sonst Veränderungen vorgenommen, die von Thälmann-Hamburg meist als ein

Entgegenkommen an die zentristisch-opportunistische Richtung und einen kleinen Kreis von Personen bezeichnet werden. Thälmann beantragt, diese schärferen Stellen wieder in die Resolution aufzunehmen, so daß die Diskussion wieder eröffnet werden mußte. Die Weiterberatung wird auf heute 9 Uhr vertagt.

Die Beweishebung über die Märzmünzen.

Der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages zur Untersuchung der Märzmünzen gelangte in seiner heutigen Sitzung zur Formulierung des Beweischemas, die von einem Untersuchungsausschuss vorbereitet worden war. Die Fragen, über die der Ausschuss Beweis erheben will, sind nach zwei Hauptgesichtspunkten gegliedert. Die erste Gruppe umfasst die Fragen, die auf der Seite der Auführer zu klären sind, die zweite Gruppe die Fragen, die auf der Seite der Staatsgewalt einer Untersuchung bedürfen. Die erste Gruppe ist wiederum in drei Teile gegliedert. Der erste Teil der zu untersuchenden Fragen umfasst die allgemeine Lage und zwar erstens wirtschaftliche Verhältnisse im Ruhrgebiet, zweitens Kriminalität im Ruhrgebiet, Terror in den Betrieben, drittens Unwesenheit von Ausländern in übermäßiger Zahl, viertens Bewaffnung bzw. Entwaffnung der Bevölkerung, Vorhandensein oder Nichtvorhandensein einer roten Armee. Der zweite Teil umfasst die Einwirkung politischer Gesichtspunkte und zwar erstens die Frage der Gefahr eines Rechtsputsches, zweitens die Frage der Einwirkung der kommunistischen Parteien (K. P. D. und K. P. O.) durch zentrale Beschlüsse, durch Presse und Versammlungen, durch lokale Organisationen. Der dritte Teil betrifft besondere Erscheinungen beim Aufstand, die Dynamit- und Eisenbahnattentate, Plünderungen und Geiselnahme, Erschießungen und Grausamkeiten.

Der Fragenkomplex auf Seiten der Staatsgewalt ist gleichfalls nach drei Gesichtspunkten gegliedert. Der erste Teil betrifft die Behörden und zwar erstens die Behördenorganisationen, zweitens die Bewährung der Landräte, Amtsvorsteher usw., drittens die getroffenen vorbeugenden Maßnahmen, wie den Nachrichtendienst der Behörden und den militärischen und polizeilichen Schutz. Der zweite Teil betrifft die Polizeiaktion im mitteldeutschen Gebiet und zwar erstens den Zweck der Aktion, zweitens die Durchführung der Aktion, die Bewährung der Schutzpolizei, die Heranziehung von Reichswehr, die tatsächlichen Maßnahmen aller Art. Der dritte Teil betrifft die besonderen Erscheinungen auf der Behördenseite und der Truppe, die Erschießungen, Uebergriffe, Grausamkeiten usw.

Mit der Formulierung dieser Punkte ist natürlich noch keinerlei Urteil des Ausschusses verbunden. Die Formulierung besagt nur, daß die von irgend einer Seite aufgestellten Behauptungen nachgeprüft werden sollen. Wie der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Kuhnert (Soz.), hervorhob, soll sich die Beweisaufnahme lediglich nach der Richtung hin erstrecken, Tatsachen zu erforschen. Die Schlüsse aus den Tatsachen wird der Ausschuss erst in einem späteren Stadium der Verhandlungen zu ziehen haben.

Der Ausschuss beschloß ferner eine Anzahl Generalzeugen zu dem gesamten Beweischema zu nehmen und zwar erstens Staatsminister a. D. Severing, zweitens Oberpräsident Hönning, drittens Staatskommissar Weizmann, viertens Regierungspräsident von Gersdorf, fünftens Oberpräsidentialrat Breher, sechstens Regierungsrat Fessing, siebentes Regierungsrat Kithorn, achtes Reichsentwaffnungskommissar Dr. Peters, neuntens Ministerialdirigent Wegge.

Zum Berichterstatter an das Plenum wurde Abg. Dietrich (Soz.) bestimmt. Die bisherigen Berichterstatter Dr. v. Oranien (D.N.) und Dr. Liebschütz (Unabh.) sollen ihre untersuchende und ermittelnde Tätigkeit fortsetzen. Der Ausschuss vertagte sich auf den 7. September. An diesem Tage soll mit der Vernehmung der obengenannten Zeugen begonnen werden.

Preussische Zensuren.

SK. Im „Berliner Tageblatt“ vom Montag Abend schreibt Theodor Wolff: „Wir waren schon mit dem Regime Haenisch nicht sehr zufrieden, weil dort, wo die natürlichen Ermahnungen und Erklärungen dieses Ministers auf das Geistein der Vorurteile stießen, keine hinreichend kräftige Energie nachzuhelfen schien. Heute sehen wir von irgendwelchen Bemühungen, Lehren und Schüler aufzuklären, ihren Verstand und ihre Herzen, ohne parteipolitischen Dogmenkram, für den neuen Staat zu gewinnen, eigentlich so gut wie nichts.“

Das ist eine böse Zensur für Herrn Becker, den Demokrat, den neuen preussischen Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung. Theodor Wolff fragt, wo das neue Gesichtsbuch bleibe. Wir finden auch, daß Herr Becker jetzt endlich einmal aus den Gesichtstabellen, die Haenisch herstellen ließ, ein Gesichtsbuch schaffen lassen könnte. Das ist doch wirklich sehr Kunststück.

Im Hauptausschuss des preussischen Landtages, der heute in seiner ersten Sitzung nach den Ferien allgemeine Fragen des Haushalts des Ministeriums für Volkswirtschaft erörterte, verteilte sich Minister Stegerwald gegen den Vorwurf, er habe bisher zu wenig getan, mit dem Hinweis, auf die geringen Geldmittel, die ihm zur Verfügung stünden. „Es ist kein Geld da.“ Dies ist ja gewiß eine bequeme Ausrede. Es scheint jedoch, als ob mit dem Geldmangel die Klagen über Stegerwald nicht ganz aus der Welt geschafft werden können. In den christlichen Gewerkschaften gibt es anscheinend eine ganze Reihe Leute, die von Stegerwalds Leistungen nicht enttäuscht sind. Es muß in den christlichen Gewerkschaften viel Mißvergnügen existieren, wenn „der Deutsche“ gezwungen ist, zu schreiben: „Gegen Stegerwald liegt bis heute noch nicht das Geringste vor, das von diesem gewerkschaftlichen Standpunkte aus zu tabeln ist. Daß es ihm nicht gelungen, die Sozialdemokraten in die Regierung einzubringen, mögen viele christliche Gewerkschafter, denen an der praktischen Mitarbeit der Sozialdemokratie gelegen ist, bedauern, aber die Schuld dafür können sie Stegerwald nicht beistellen.“

Gefindelmannieren.

Ueber den Ton der nationalistischen Presse viel Worte zu verlieren, lohnt im allgemeinen nicht. Mitunter treiben es die Herren aber so, daß man doch gezwungen wird, nicht dagegen zu kämpfen, denn wer Dreck ansieht, beschelt sich — aber doch der Welt zu zeigen, noch welcher schmutzigen Gestaltung dieses Gefindel erfüllt ist, das auf seinen schmalen Ahnenstammbaum

seine „faucelose“ Offizierskreise“ zum Vorschein in der „Kreuzzeitung“ (Nr. 302 vom 22. August) wird zur Rekonstruktion unseres Brandenburger Reichstages, folgendes geschrieben:

Sollte die auf dem Brandenburger Reichstage durch eine Resolution ausgesprochene Drohung gegen das Kabinett Birck nach nichts nützen, so wird man nach der im Kriege und später beschränkten Methode den Feindbund zu Hilfe rufen. Hat man dann schon den Eindruck, als würden der „Temps“ und andere französische Hahnenblätter in der „Vorwärts“-Redaktion oder von anderer maßgebender sozialistischer Seite inspiriert.

Am Schluss des gleichen Artikels heißt es: „Wir werden dem Volke klarzumachen verstehen, daß die Wahlschele nicht lautet, die Polizei, die Arbeiter. Es handelt sich um weit mehr: Um den Freiheitskampf gegen die mit dem Feindbund verbündete Sozialdemokratie.“

Sollte man schließlich hierauf erwidern, so brauchte man nur darauf hinzuweisen, wie in der Ultimatumskrise unsere Nationalisten den französischen Chauvinisten direkt in die Hände gearbeitet haben. Aber das können wir ab. Wir beschränken uns auf den Hinweis, daß der schmutzige Birck, der den Artikel verfaßt hat, G. A. zeichnet. Als Hauptkriterium zeichnet die „Kreuzzeitung“ Georg Körtel, Major a. D. — Seit jeher haben wir gewußt, daß unanständige und gemeine Charakterbildung ein Hauptmerkmal vieler Offiziere der alten Armee war.

Die Spielwut.

Spekulieren und Spielen sind in Deutschland zu epidemischen Krankheiten geworden. Reiche und Arme, Große und Kleine, alles rast in tollem Tanze ums Papiergeld. Köhn, Alarie, Müller und wie die zahlreichen „Firmenführer“ der Spielbanken heißen, sind in Presse und im sonstigen öffentlichen Leben allgemeine Stichworte. Der Krawall dieser „Gesellschaften“ hindert erstaunlicherweise nicht, daß an allen Ecken ähnliche Neugründungen auftauchen und daß die, die nicht alle werden, dort ihr Geld anlegen. Im Berliner „Lokalanzeiger“ inseriert ein „Baron“ v. Blumenthal, daß er „Spareinlagen gegen hohe Verzinsung“ annimmt. Zweifellos eine neue Spielbank.

Die sächsischen Sparkassen berichten einen starken Rückgang der Einleger gut haben. Das statistische Landesamt für Sachsen führt den Rückgang der Einzahlungen und die Zunahme der Auszahlungen auf die Spekulationslust (richtiger: Spekulationswut!) zurück. Diese Annahme ist richtig. Das Geld fließt den unsicheren Kantonisten und den Banken zu. Die Banken können sich vor der Zahl der kleinen Spekulanten nicht mehr retten. Die Berliner Handelsbank hat als erste Bank, um die Bewältigung der Börsenaufträge einigermaßen sicherzustellen, jetzt ihrer gesamten Rundschaft mitgeteilt, daß sie sich in der Annahme von kleinen Aufträgen Beschränkungen auferlegen müsse. Das Institut will vom 5. September ab kleine Aufträge unter 3000 Mark nur noch täglich ausführen, wenn es sich um stehende Limite für den ganzen Monat handelt. Sonstige Aufträge unter 3000 Mark nominal wird sie lediglich auszuführen suchen.

Leider wird dadurch nun nicht verhindert werden können, daß die kleinen Sparrer anderwärts ihr Geld loswerden. Sie werden sich nun an die Dunkelkammer halten und mit ihnen den aufregenden Tanz in die Weite mahnen.

Aufbringung der Mittel für den Wohnungsbau in Lübeck.

Von Helmut Lormin, Assessor am Wohlfahrtsamt.

Schluss. Der eigentliche Unterschied zwischen den beiden möglichen Steuerarten liegt in der Erhebungsart. Die Einführung der sogenannten Mietssteuer würde die Einrichtung eines besonderen Beamtenapparates erfordern, der zunächst einmal den Mietwert sämtlicher Lübecker Wohnungen feststellte und danach die Steuer veranlagte und einzog. Um die Kosten dieses Beamtenapparates würde sich natürlich der Ertrag der Steuer vermindern. Um also den erwünschten Ertrag zu erhalten, müßten sich die von den einzelnen Wohnungsinhabern aufzubringenden Beträge entsprechend erhöhen. Dafür hat diese Steuerart den Vorteil, daß sie das Verhältnis zwischen Hausbesitzer und Mieter nicht berührt, also nicht zur Quelle neuer Mißlichkeiten und Streitigkeiten im Hause werden kann. Auch kann sie mit einer Wohnungsluxussteuer verbunden werden, welche für alle entbehrlichen Wohnräume eine erhebliche Steuererhöhung vorsieht. Sie würde auf Grund der für die Mietssteuer aufgestellten Unterlagen ohne weiteres errechnet werden und würde zweifellos weitgehend vollständig sein und dem Rechtsempfinden weiter Kreise entsprechen.

Umgekehrt hat eine Erhebung der Abgabe im Wege eines Zuschlages zur Grund- und Gebäudesteuer den großen Vorteil, daß ein neuer Beamtenapparat nicht erforderlich ist, die Beträge also entsprechend niedriger bleiben können, denn die Steuer würde zusammen mit der bisherigen Grundsteuer und in derselben Weise veranlagt und erhoben und die Umlegung auf die Mieter wäre Sache des Hauswirts. Es ist begreiflich, daß sich die Hauswirte gegen diese Aufgabe sträuben; denn sie sollen in der Tat hier Arbeit leisten, welche sonst der Staat durch seine Beamten leisten müßte. Weniger begreiflich ist es, wenn die Mieter sich im Frühjahr dieses Jahres gegen diese Art der Abgabenerhebung gewehrt haben mit der merkwürdigen Begründung, sie wollten sich nicht vom Hauswirt „benommen“ lassen, anstatt froh zu sein, daß durch die Arbeit des Hauswirts ihnen die Abgabe verbilligt wird. Ein großer Nachteil ist allerdings, abgesehen von der Gefährdung des Hausfriedens, mit der Grundsteuer verbunden, zwar nicht mit der Grundsteuer schlechthin, aber mit der Art, wie sie in Lübeck berechnet wird. Sie wird vom gemeinen Wert des Grundstückes erhoben und dieser wird mit jedem Verkauf des Grundstückes neu in Höhe des Kaufpreises festgesetzt. Eine Neuerschätzung der nicht verkauften Häuser hat seit der Vorkriegszeit nicht stattgefunden. Die Folge ist, daß die Grundsteuer und damit auch der Zuschlag in allen Häusern, die seit Eintritt der Geldentwertung zu entsprechend höheren Preisen verkauft sind, vielfach das Doppelte bis Dreifache, aber noch mehr vom der Steuer in genau gleichwertigen, aber nicht verkauften Häusern beträgt. Diese Ungleichmäßigkeit hat bei der im Frühjahr beschlossenen Erhebung und Umlegung des Zuschlages zur Grund- und Gebäudesteuer ganz besondere Erbitterung unter Hausbesitzern und Mietern hervorgerufen, und zwar mit vollem

Recht. Wird sie nicht beseitigt, so dürfte sich allerdings die ernste Aufbringung der erforderlichen Mittel in Form eines Zuschlages zur Grundsteuer unter keinen Umständen empfehlen. Wird die Ungleichmäßigkeit aber beseitigt, sei es durch eine Neuerschätzung aller Grundstücke, sei es dadurch, daß der Zuschlag nur nach dem gemeinen Wert von 1914 erhoben wird, was dem Reichsgesetz, das grundsätzlich vom Mietwert des Jahres 1914 ausgeht, am besten entsprechen würde, so würde ich dieser Erhebungsart weit aus dem Vorzug geben vor der sogenannten Mietssteuer mit ihrem umständlichen und kostspieligen Apparat. Eine Wohnungsluxussteuer könnte dann allerdings nicht erhoben werden, wenn man nicht für diesen Zweck den eben abgelehnten Apparat doch aufbauen wollte; aber die Erträge, die man sich von dieser Steuer verspricht, sind ohnehin nicht sehr hoch und oft würde ihre Erhebung eine unbillige Härte bedeuten, insbesondere gegenüber solchen Personen, die eine etwas zu große Wohnung bewohnen, sie aber behalten müssen aus Mangel an kleineren Wohnungen und weil sie die Umzugskosten nicht aufbringen können. Auch die Nachfrage nach Einzelzimmern ist nicht so groß, daß alle diese Familien für die überschüssigen Räume Einzelmietet finden würden. Wo aber in der Wohnung noch eine zweite Familie untergebracht werden kann, nimmt das Wohnungsamt diese Wohnung ohnehin in Wege des Beschlagnahmeverfahrens in Anspruch. Was schließlich die Mißlichkeiten zwischen Hauswirt und Mietern betrifft, die aus der Umlegung einer wiederum erhöhten Grundsteuer durch den Vermieter auf die Mieter entstehen könnten, so würden sie wesentlich gemildert, wenn der Mieterkühnverein selbst seinen Mitgliedern empfehlen würde, die Steuer zu zahlen, weil bei Lage der Dinge diese Erhebungsart noch die günstigste sei.

Endlich ist noch ein Wort über die erforderliche Höhe der Abgabe zu sagen. Nach dem Reichsgesetz ist die Abgabe von den Ländern in Höhe von 5 Prozent des Friedensmietwertes, von den Gemeinden in Höhe von weiteren 5 Prozent zu erheben. Die Gemeinden können diesen Zuschlag erhöhen. Schätzt man den Friedensmietwert der in Lübeck vorhandenen Wohnungen vorsichtig auf etwa 12 Millionen Mark, so würde die Abgabe etwa 1,2 Millionen Mark jährlich erbringen. Diese Summe würde hinreichen, um in den für die Abgabe vorgesehenen 20 Jahren eine Summe von 18 bis 19 Millionen Mark zu verzinsen und zu tilgen. (Kapitalisierung zu 6½ Prozent.) Will man die oben als Mindestbedarfs genannte Summe von 30 Millionen Mark erreichen, so müßte also der Gemeindezuschlag zur Steuer mindestens verdoppelt werden, so daß insgesamt 15 Prozent des Friedensmietwertes einfließen. Eine Umrechnung auf die Grund- und Gebäudesteuer ergibt, daß der im Frühjahr erhobene Zuschlag um mindestens 120 bis 150 Prozent erhöht werden müßte. Man muß sich aber klar machen, daß durch diese Abgabe, die sich auf 20 Jahre verteilt, nur die Mittel für die Bautätigkeit eines einzigen Jahres beschafft werden, so daß die Abgabe für die in späteren Jahren erforderlich werdenden Mittelaufschüsse um den gleichen Betrag wie dieses Jahr erhöht werden muß, wobei vorausgesetzt ist, daß die Höhe der Bauzuschüsse dieselbe bleibt und nicht etwa angeht der drohenden weiteren Verteuerung der Baukosten steigen muß. Die jetzt erforderliche Abgabe von 15 Prozent der Friedensmiete, das sind ungefähr 10 Prozent der heutigen Miete, bildet also nur den Anfang einer fortwährenden Verteuerung, die aber allmählich ist, wenn man die Mietpreise in den alten Häusern einigermaßen ins Gleichgewicht bringen will mit denen in den neuen Häusern, eine Entwicklung, die auf die Dauer in keiner Weise zu vermeiden sein wird.

Die ernsteste Gefahr droht augenblicklich allen diesen Plänen nicht von Seiten der Vermieter, noch von Seiten der Mieter, sondern vom Reichsfinanzminister, der bekanntlich planen soll, die Steigerungsfähigkeit der Häuserwerte und der Mieten für die Aufbringung der Mittel zur Ausführung des Friedensvertrages auszunutzen. Es wird Sache aller derer sein, die an der Behebung der Wohnungsnot und der Gesundung unserer Wohnungswirtschaft ein Interesse haben, in diesem Kampf der Wohlfahrtsminister mit dem Finanzminister die ersten zu stärken, damit von den Mitteln, die unser Wohnungswesen noch aufbringen kann, möglichst viel der Neubautätigkeit zugute kommt und möglichst wenig nach Frankreich und Belgien abfließt. Denn diese Mittel werden letzten Endes doch von der großen Masse der Mieter ausgebracht, die ihre Wohnungsnot dadurch lindern wollen, während man die Lasten des Friedensvertrages leistungsfähigeren Schultern aufbürden sollte.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 25. August.			
Ämliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.			
		25. August.	24. August.
Holland	100 fl.	2622.50	2622.50
Kopenhagen	100 Kr.	1425.—	1442.50
Stockholm	100 Kr.	1827.50	1822.50
Kristiania	100 Kr.	1117.50	1150.—
Helsingfors	100 finn. Mk.	125.50	127.75
Schweiz	100 Frs.	1430.—	1452.50
Wien (all)	100 K.		
do. (neu)	100 K.	10.87	10.25
Budapest	100 K.	22.25	22.50
Prag	100 K.	102.75	103.25
Spanien	100 Peseta	1090.—	1122.50
London	1 £	810.75	817.25
Paris	100 Frs.	656.—	669.—
Belgien	100 Frs.	643.—	652.—
Italien	100 Lire	362.50	367.—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	84.12	86.12
do. briell. Ausz.	od. Scheck	83.87	86.12
Bukarest	100 Lei	104.—	105.—

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelaufen am 25. August 1921.				
Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsart
D.		Rehmarn	Schwenn	Burgstaken
D.		Otto Jöppel 25 Ufe		Wismar
D.		Motor-Möller Kopte		Neustadt
Angelaufen am 26. August 1921.				
D.		Kobleng	Schröder	Wiborg

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. S. Seher, für Freistaat Lübeck und Heilstein Hermann Bauer, für Partei und Gewerkschaften August Schulz, für Inland Heinrich Steinberg, Verleger: Heinrich Steinberg, Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Wir sind billig!

Kostüme	1200.00, 250.00, 95.00
Röde	200.00, 38.00
Blusen	180.00, 36.00
Herrenanzüge	1200.00, 425.00
Knabenanzüge	275.00, 78.00
Manchetterhosen	132.00, 125.00

Ehlers & Reetwisch
Ecke Holstensis. St. Petri 2 u. 4.
Starke Arbeitsstiefel 141.00
Schäfstiefel 200.00. (5688)

Kodermann.
5693) **Morgen Sonnabend**
Gr. Extra-Konzert
mit verstärktem Orchester
unter Leitung des Kapellmeisters **Loretto.**

Biomedischer Verein Lübeck.
Zur 100. Wiederkehr des Geburtstages unseres
Altlehrers Dr. med. Schöbler
veranstaltet der hiesige Verein eine
Gedächtnisfeier
am Sonnabend, 27. August 1921, abds. 8 Uhr, im
Katholischen Gesellenhaus, Parade.
Es ist Ehrenpflicht aller Mitglieder, zu diesem Feste
zu erscheinen, um dadurch den Begründer unserer
Vereinsmethode zu ehren.
Festfolge:
Freitrag, Vorträge, Gesänge u. Konzert, unt. tätiger
Mitwirkung des Hrn. Buchholtz (Soprano) u. des Dra-
matikers Hrn. Heidmann v. Hiesig, Stadtheater.
Anhänger und Gäste herzlich willkommen!
Eintritt für Mittel 1.— Mk., für Gäste 2.00 Mk.
(5669) Der Vorstand und Festausschuß.

Bekanntmachung,
betreffend die Wahlen zum Ausschuss der
Allgemeinen Ortskrankenkasse für das Ge-
biet der freien und Hansestadt Lübeck.
Gemäß §§ 9, 19 der Wahlordnung haben sich den
Arbeitgebern und den Versicherten hierdurch bekannt, daß
folgende Wahlvorschlüsse eingegangen sind:
1. Arbeitgeber.
Wahlvorschl. 1. beginnend mit dem Namen Chr.
Alwert, erster Unterzeichner Carl Gabbert.
2. Versicherte.
Wahlvorschl. 1. beginnend mit dem Namen Alf.
Dreger, Wahlvorschl. 2. beginnend mit dem Namen Alf.
Dreger.
Wahlvorschl. 3. Liste der Vereinten Kommuni-
nistischen Partei, beginnend mit dem Namen Egon
Nidel, Wahlvorschl. 4. beginnend mit dem Namen Egon
Nidel, Wahlvorschl. 5. beginnend mit dem Namen Egon
Nidel.
Da der Wahlvorschl. der Arbeitgeber und die
Wahlvorschl. der Versicherten, letztere nach ihrer
Verzinsung, im ganzen nur wenige wählbare Be-
werber enthalten, wie Vertreter und Erasmänner zu
wählen sind, so gelten sie nach § 10 der Wahlordnung
als gewählt. Gewählt sind demnach zum Ausschuss:
a) Arbeitgeber:
1. Alwert, Chr., Kaufmann
2. Bietze, Friedrich, Dr. med.
3. Bietze, Hans, Kaufmann
4. Bietze, Hans, Kaufmann
5. Bietze, Hans, Kaufmann
6. Bietze, Hans, Kaufmann
7. Bietze, Hans, Kaufmann
8. Bietze, Hans, Kaufmann
9. Bietze, Hans, Kaufmann
10. Bietze, Hans, Kaufmann
11. Bietze, Hans, Kaufmann
12. Bietze, Hans, Kaufmann
13. Bietze, Hans, Kaufmann
14. Bietze, Hans, Kaufmann
15. Bietze, Hans, Kaufmann
16. Bietze, Hans, Kaufmann
17. Bietze, Hans, Kaufmann
18. Bietze, Hans, Kaufmann
19. Bietze, Hans, Kaufmann
20. Bietze, Hans, Kaufmann
21. Bietze, Hans, Kaufmann
22. Bietze, Hans, Kaufmann
23. Bietze, Hans, Kaufmann
24. Bietze, Hans, Kaufmann
25. Bietze, Hans, Kaufmann
26. Bietze, Hans, Kaufmann
27. Bietze, Hans, Kaufmann
28. Bietze, Hans, Kaufmann
29. Bietze, Hans, Kaufmann
30. Bietze, Hans, Kaufmann
b) Erasmänner:
1. Stolte, Hans, Kaufmann
2. Bietze, Hans, Kaufmann
3. Bietze, Hans, Kaufmann
4. Bietze, Hans, Kaufmann
5. Bietze, Hans, Kaufmann
6. Bietze, Hans, Kaufmann
7. Bietze, Hans, Kaufmann
8. Bietze, Hans, Kaufmann
9. Bietze, Hans, Kaufmann
10. Bietze, Hans, Kaufmann
11. Bietze, Hans, Kaufmann
12. Bietze, Hans, Kaufmann
13. Bietze, Hans, Kaufmann
14. Bietze, Hans, Kaufmann
15. Bietze, Hans, Kaufmann
16. Bietze, Hans, Kaufmann
17. Bietze, Hans, Kaufmann
18. Bietze, Hans, Kaufmann
19. Bietze, Hans, Kaufmann
20. Bietze, Hans, Kaufmann
21. Bietze, Hans, Kaufmann
22. Bietze, Hans, Kaufmann
23. Bietze, Hans, Kaufmann
24. Bietze, Hans, Kaufmann
25. Bietze, Hans, Kaufmann
26. Bietze, Hans, Kaufmann
27. Bietze, Hans, Kaufmann
28. Bietze, Hans, Kaufmann
29. Bietze, Hans, Kaufmann
30. Bietze, Hans, Kaufmann

Vertreter:
1. Dreger, Alf., Gewerkschaftsführer
2. Bietze, Hans, Kaufmann
3. Bietze, Hans, Kaufmann
4. Bietze, Hans, Kaufmann
5. Bietze, Hans, Kaufmann
6. Bietze, Hans, Kaufmann
7. Bietze, Hans, Kaufmann
8. Bietze, Hans, Kaufmann
9. Bietze, Hans, Kaufmann
10. Bietze, Hans, Kaufmann
11. Bietze, Hans, Kaufmann
12. Bietze, Hans, Kaufmann
13. Bietze, Hans, Kaufmann
14. Bietze, Hans, Kaufmann
15. Bietze, Hans, Kaufmann
16. Bietze, Hans, Kaufmann
17. Bietze, Hans, Kaufmann
18. Bietze, Hans, Kaufmann
19. Bietze, Hans, Kaufmann
20. Bietze, Hans, Kaufmann
21. Bietze, Hans, Kaufmann
22. Bietze, Hans, Kaufmann
23. Bietze, Hans, Kaufmann
24. Bietze, Hans, Kaufmann
25. Bietze, Hans, Kaufmann
26. Bietze, Hans, Kaufmann
27. Bietze, Hans, Kaufmann
28. Bietze, Hans, Kaufmann
29. Bietze, Hans, Kaufmann
30. Bietze, Hans, Kaufmann
Erasmänner:
1. Bietze, Hans, Kaufmann
2. Bietze, Hans, Kaufmann
3. Bietze, Hans, Kaufmann
4. Bietze, Hans, Kaufmann
5. Bietze, Hans, Kaufmann
6. Bietze, Hans, Kaufmann
7. Bietze, Hans, Kaufmann
8. Bietze, Hans, Kaufmann
9. Bietze, Hans, Kaufmann
10. Bietze, Hans, Kaufmann
11. Bietze, Hans, Kaufmann
12. Bietze, Hans, Kaufmann
13. Bietze, Hans, Kaufmann
14. Bietze, Hans, Kaufmann
15. Bietze, Hans, Kaufmann
16. Bietze, Hans, Kaufmann
17. Bietze, Hans, Kaufmann
18. Bietze, Hans, Kaufmann
19. Bietze, Hans, Kaufmann
20. Bietze, Hans, Kaufmann
21. Bietze, Hans, Kaufmann
22. Bietze, Hans, Kaufmann
23. Bietze, Hans, Kaufmann
24. Bietze, Hans, Kaufmann
25. Bietze, Hans, Kaufmann
26. Bietze, Hans, Kaufmann
27. Bietze, Hans, Kaufmann
28. Bietze, Hans, Kaufmann
29. Bietze, Hans, Kaufmann
30. Bietze, Hans, Kaufmann

Zentralverband der Angestellten
Ortsgruppe Lübeck.
Einladung zum
Gommerfest
am Sonnabend, dem 27. August
in sämtlichen Räumen des Kolosseums
unter Mitwirkung von Hrn. Frithjof und der Herren
Pöndter und Immendorf vom hiesigen Stadttheater,
sowie der hiesigen Jugendgruppe.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Herrentarife 3.00 Mk., Damentarife 2.00 Mk. inkl. Steuer.
Gäste willkommen.
Das Festkomitee.
(5691)

J. H. Bein
Am Markt 12.
Breite Straße 64.
Seine Bezugsquelle für
erhöhter Qualität
waren - Spezialhaus
für Herren, Damen und Kinder -
Lübeck -
Lübeck -
Lübeck -

Lübecker Arbeiter-Schachverein
Arbeiter-Schachwettbewerb
Lübeck-Hamburg
Sonntag, 28. August 1921
nachmittags 2 Uhr
im Kasino-Lübeck
Eintritt frei. (5675)
Gäste willkommen!
Zigarettenhaus
Für Rauscher (5661)
besitz Bezugsquelle
Lübeck -

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
Wochenendfahrten
mit Salonschnelldampfer „Grille“
von Lübeck — Travemünde nach
Timmendorfer Strand, Schar-
beutz, Grömitz, Dahme
und zurück.
Hinfahrt
8.00 v. Lübeck (nur Sonntags) an
ab Lübeck (nur Sonntags) an
an Travemünde ab
an Timmendorfer Strand ab
an Scharbeutz ab
an Grömitz ab
an Dahme ab
Rückfahrt
8.00 n. Travemünde an
7.45 n. Timmendorfer Strand an
7.30 n. Scharbeutz an
7.15 n. Grömitz an
7.00 n. Dahme an
Sonntags-Rückfahrkarten
zu ermäßigten Preisen.
Fahrkarten bei den Vertretungen:
in Lübeck: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.
Fremdenverkehrsverein, Mengstr. 4.
Verkehrsbureau Atlanta im Hause
Rudolph Karstadt A. G.,
Vollert's Reisebureau.
und an Bord (soweit noch Platz
vorhanden.) (5697)

Nach Travemünde fährt D. „Amstel“
jeden Dienstag, Mittwoch und Donnerstag ab Dieb-
brücke 8 1/2 Uhr. Jeden Sonntag 8 u. 1 1/2 Uhr. Zurück
11 u. 7 Uhr. Fahrpreis Sonntags 2.50 Mk., Kinder die
Hälfte. (5655)

Kolosseum Ball
Jeden Mittwoch
und Sonnabend
Anfang 6 Uhr.
Helrich Ohde.
(5662)

Luisenlust Sonnabend u. Mittwoch: Tanz.
5663) Damen Eintritt frei.

Zentralhallen
Morgen Sonnabend: (5688)
Gr. Tanzkränzchen.

Konzerte der Nordischen Wodie.
Sonntag, den 4. September, 5 1/2 Uhr, Kirchenkonzert
in der Marienkirche von Domorganist Professor
Walter Fischer, Berlin, unter Mitwirkung von E.
Corbach, Lübeck.
Seb. Bach: Passacaglia C-moll — Fr. Liszt: Varia-
tionen über einen Bachschen Kantatenbaß — M.
Reger: Fantasie und Fuge über B-A-C-H-Bdur, So-
nate von Händel. — Adagio von W. Bargiel.
Eintrittskarten zu Mk. 3.— bei Ernst Robert, Breite
Straße 29.
Montag, den 5. September, 8 Uhr, im Stadttheater:
Nordisches Sinfoniekonzert. Kapellmeister Mann-
stadt, Lübeck; am Klavier: Walter Gieseking, Han-
nover.
Sinfonie Nr. 4 B-dur op. 20 von Gade — Klavier-
konzert A-moll von Grieg. — Sinfonie Nr. 3 F-dur
op. 121 von Sinding — Finlandia, Tondichtung für
Orchester von Sibelius.
Eintrittskarten zu Mk. 6.— bis Mk. 30.— an der
Kasse des Stadttheaters.

Mittwoch, den 7. September, 5 Uhr, Kirchenkonzert
in der Marienkirche von Professor K. Lichtwark,
Lübeck, unter Mitwirkung von Frau K. Seebohm,
Schwarz, Hamburg und der Vereinigung für kirch-
lichen Chorgesang.
Seb. Bach: Orgelkonzert F-dur — H. Fährmann:
Sinfonische Orgelfantasie. — Arie von Händel:
Lieder von Schubert und Wolff. — Seb. Bach: Mo-
tette Jesu meine Freude. — Mendelssohn: Oktett
aus dem Elias. — Alb. Becker: Motette.
Eintrittskarten zu Mk. 3.— bei Ernst Robert, Breite
Straße 29.

Donnerstag, d. 8. September, 8 1/2 Uhr, Kammermusik-
abend. Schubert-Abend im Kolosseum, ausgeführt
vom Bandler-Quartett unter Mitwirkung von Pro-
fessor Carl Friedberg (Klavier).
Quartett für 2 Violinen, Viola und Violoncell op.
posth. in D-moll. — Impromptu B-dur op. 142.
Mouvements musicaux: Ronde op. 58 D-dur. — Po-
lorenquintett op. 114 A-dur.
Eintrittskarten zu Mk. 10.—, 8.— und 6.— an der
Kasse des Stadttheaters.

Sonnabend, den 10. September, 8 Uhr, im Stadt Kur-
saal Travemünde, Liederabend von Grete Stück-
gold.
Brahms: Mainacht; Mädchenlied; Wehe so willst
Du; Von ewiger Liebe. — Nordische Volkslieder:
Jütländisches Tanzlied; Heimreise von der Alpe;
Norwegisches Wiegenlied. — Grieg: Im Kahne;
Die Prinzessin; Der Schwan; Solvægs Lied. —
Strauß: Eimerlied; Wiegenlied; Hals gesagt, bleibt
nicht dabei; Wie sollen wir gehen; sie halten.
Eintrittskarten zu Mk. 15.— und 10.— an der Stadt-
theaterkasse und im Kursaal Travemünde. (5676)

Arbeiter-Turn- u. Sport-Verein
Lübeck.
Die wegen Regen auf-
gefallene
Nachttour
nach
Pansdorf, Travemünde:
findet am Sonnabend, dem
27. August statt.
Abmarsch abends 8 Uhr
vom Vereinslokal, Hund-
straße 41.
Der Turnwart,
NB. Weiser Anzng.

Friedrich-Franz-Halle.
Sonnabend, d. 27. Aug.:
Gr. Familien-Ball.
Anfang 7 Uhr. Ende 2 Uhr.
Wozu freudlichst einladet
(5692) **L. Stamer.**

Stadthallen-Lichtspiele
Ab heute,
den 26. August 1921:

Danton
ausserdem das
glänzende
Programm.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.
Ortsgruppe Moisling.
(5666)

Lassalle-Feier
bestehend in
Referat, Kommerz
mit nachfolg. Ball
am Sonnabend, dem 27. August
im Kaffeehaus Moisling.
Mitwirkende: Arbeiter-
Gesangs-, Turn- und
Radfahrer-Verein.
Anfang 7 Uhr.
Eintritt für Herren 3.25 Mk.,
Damen 2.00 Mk.,
exklusive Steuer.
Dierzu ladet freundlich ein
Das Festkomitee.

Hansa-Theater
8 Uhr. 8 Uhr.
Nur noch 6 Vorstellungen
mit
Karl Scherber
Unvergleichlicher
und das (5677)
übige großartige
Programm.

Stadttheater Lübeck.
Freitag, 26. Aug., 7.30 Uhr.
Cavalleria rusticana, (5667)
hierauf: Der Bajazzo,
4. Ab.-Vorst. Hoff. D.
Sonnab., 27. Aug., 7.30 U.
Soffmanns Erzählungen.
2. Vorst. i. Sonnab.-Abonn.
Sonntag, 28. Aug., 2.30 U.
2. B. f. d. Arb.-Bildungsg.
Ein Sommerabend.
Sungartenverkauf an der
Theaterkasse.
Sonntag, 28. Aug., 7.30 U.:
Cavalleria rusticana,
hierauf: Der Bajazzo.
Wegen der Vorbereitungen
für die Nordische Woche
wird an den Tagen: Mont-
tag, Dienstag und Mittwoch
das Theater geschlossen
bleiben.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 26. August.

Der Bürgerausschuß war am Mittwoch nicht beschlußfähig. Es wird deshalb am kommenden Montag, nachmittags 4 1/2 Uhr eine neue Sitzung abgehalten.

S.P.D.-Beamte und Angestellte (Abst.). Sonntag, den 28. August. Versammlung der Hauptfeuerwache. Treffpunkt 9 1/2 Uhr vormittags. Ref. Müller, Süsterdamm 14.

Der Sozialdemokratische Verein

hielt am Donnerstagabend im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die stark besucht war. Der Versammlungsleiter, Genosse G. Ehlers, widmete den verstorbenen Genossen vor Eintritt in die Tagesordnung einen warmen Nachruf. Die Versammlung ehrte das Andenken dieser Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. Darauf nahm Genosse Mehrlein das Wort zu seinem Vortrage über das Thema: „Unsere Justiz vor und nach dem Kriege“. Der Redner hob zunächst die Bedeutung der Justiz und die Wichtigkeit der Rechtspflege im Staatswesen hervor. Im großen und ganzen sei die Justiz heute noch dasselbe, was sie vor dem Kriege war. Wenn auch gar oft von Klassenjustiz gesprochen wurde, so dürfe man doch nicht den Richtern bewußte Rechtsbeugung vorwerfen. Die Richter stammten meistens aus den bemittelten Kreisen, sie seien das Produkt ihrer Erziehung und ihrer Umgebung. Die Entwicklung der Justiz zeige eine gewisse Einseitigkeit. Daher komme es, daß sie Fragen des modernen Lebens, besonders der Arbeiterbewegung, meistens fremd gegenüberstünden. Der Redner erinnerte an frühere Urteile, wo Gewerkschaftsführer bei Lohnbewegungen wegen Erpressung bestraft wurden, obwohl sie nichts verbrochen hätten. Unverständlich waren auch viele Urteile wegen Streikpostenfahrens und Majestätsbeleidigungen. Im Zivilprozeß herrschte eine große Unbilligkeit und um die Erziehung des Armenrechts mußte häufig schwer gekämpft werden. Mit der Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches habe die Justiz keinen modernen Weg beschritten. Das Mißtrauen gegen sie sei auch dadurch mit entstanden, daß vor dem Kriege nur in ganz seltenen Fällen Schöffin und Geschworene aus dem Arbeiterstande genommen wurden. Wie liegen die Dinge nun jetzt? Die Richter sind auf die Republik vereidigt; alle haben den Eid auf die Verfassung geschworen. Ob sie aber innerlich zur Republik stehen, ist eine andere Frage. Man muß aber verlangen, daß sie voll und ganz für die Republik eintreten. Veränderung in dieser Hinsicht sei erst mit der Reformierung der Ausbildung der Richter zu erwarten. Das sei der Kern der ganzen Sache. Bisher sei es leider nur den Bemittelten möglich gewesen, die juristische Laufbahn einzuschlagen. Ein langes und teures Studium war Vorbedingung. Dazu kam, daß die Referendare für ihre Tätigkeit kein Gehalt bezogen. Da auch der Einjährigendienst viel Geld verschlang, so ist es erklärlich, daß die Juristen fast alle aus bemittelten Kreisen stammten. Das Rechtstudium war bisher also eine recht teure Sache. Der ganze Entwicklungsgang brachte es daher mit sich, daß den Richtern vielfach das soziale Verständnis fehlte. Der Mensch ist das Produkt seiner Umgebung. So unverständlich auch manche Urteile waren, bewußte Rechtsbeugung wird man den Richtern nicht vorwerfen können. Bisher sind in der Republik erst kleine Reformen durchgeführt, die sich in der Hauptsache auf das Beugungsrecht und auf die Heranziehung der Minderbemittelten zu Laienrichtern erstreckten. Der Richterstand verhalte sich aber im allgemeinen ablehnend gegenüber Reformen. Das zeige sich auch bei dem neuen Entwurf zum Strafgesetzbuch, da die Juristen zur Schaffung eines modernen Gesetzes fast nichts unternommen hätten. Nach wie vor stehe man in jenen Kreisen auf dem Standpunkt, daß die Frau zum Richteramt nicht fähig sei. Die Zeitverhältnisse erforderten aber auch die Heranziehung der Frau zur Rechtspflege. Solange aber, als in den höheren Schulen und Bildungsanstalten die alte Staatsform verherrlicht wird, ist es schwer, einen anderen Geist in den Richterstand hineinzutragen. Die Reformierung der Ausbildung ist also das Wichtigste zur Erreichung eines modernen Justizwesens. Genosse Mehrlein ging dann des näheren auf das römische Recht ein, das auf Sklavenherrschaft und der absoluten Gewalt aufbaut ist. Heute müsse ein anderes Recht, das vor allem die Arbeit schützt, Maß greifen. Redner ging dann auf einzelne Rechtsbestimmungen ein und zeigte, welche Reformen nötig sind. Er bedauerte, daß bisher auf dem Gebiete der Rechtspflege erst wenig Verbesserungen durchgeführt seien. Es müsse aber alles

daran gesetzt werden, um eine vollstündliche Justiz zu schaffen. (Lebhafter Beifall.)

An der Aussprache beteiligten sich die Genossen Göhr, Brehmer, Dr. Haun, Saloman, Ahrens und die Genossen Friedrich. Letztere verlangte die Hinzuziehung der Frauen zur Rechtspflege. Namentlich bei den Jugendgerichten könnten die Frauen besser als die Männer wirken. Die übrigen Redner übten teilweise scharfe Kritik an der heutigen Justiz, unterhielten aber größtenteils die Ausführungen des Referenten. Nach einem kurzen Schlußwort des Genossen Mehrlein fand folgende Entschließung einstimmig Annahme:

„Die am 25. August tagende Versammlung des sozialdemokratischen Vereins erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Genossen Mehrlein, durchaus einverstanden. Sie fordert von den gesetzgebenden Körperschaften, insbesondere vom Reichstag, für die Organisation der Rechtspflege die Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz, Erziehung zur allgemeinen Rechtskenntnis, vollstündliche Gesetzesprache, Zusammensetzung des Richterkollegiums aus allen Volksklassen, Zulassung der Frauen zu allen Justizämtern, Neuordnung des juristischen Bildungsganges im sozialistischen Geiste, schließlich Übertragung der gesamten Justiz auf das Volk.“

Für das Strafrecht wird gefordert: Volles Paracredit des Angeklagten, Beschränkung der Untersuchungsfrist, Ausdehnung der notwendigen Verteidigung, Verurteilung in allen Straftaten, erleichterte Wiederaufnahme, Entschädigung aller unschuldig Angeklagten und Verurteilten, Festgenommenen und Verhafteten, erleichterte Zulassung der Privatklage.

Für den Zivilprozeß wird gefordert: Gleiche Rechtssicherheiten für große und kleine Streitwerte, uneingeschränkter Güternachfrage für alle Streitigkeiten, Regelung der Rechtswertteilung ohne Beschränkung auf Anwälte und unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterbetriebe, Verstärkung des richterlichen Einflusses im Verfahren, menschlichere und wirtschaftlichere Zwangs Vollstreckung, bessere Sicherstellung des Klagerrechts der Armen.

Für das Strafrecht wird gefordert: Schutz und Erziehung, nicht Beraubungsstrafrecht. Für jugendliche Erziehung statt Strafe. Abschaffung der Todesstrafe und der lebenslänglichen Freiheitsstrafe. Geldstrafe nach Steuereinkünften; bei Unvermögen Recht der Arbeitsleistung statt Freiheitsstrafe. Ausgestaltung der bedingten Verurteilung, Wiedergutmachung neben oder statt der Strafe. Berücksichtigung des Rechtsverhältnisses, Strafmilderung oder Strafaufhebung bei wirtschaftlicher Notlage. Beseitigung der zwingenden Strafmasse. Scharfe Abgrenzung aller Tatbestände. Erhöhter Schutz der Person, insbesondere auch ihrer Arbeitskraft und ihrer politischen und bürgerlichen Rechte. Einseitlicher Ausbau des Wucherstrafrechts. Ausdehnung der Antragsdelikte. Reichsgerichtliche Regelung des Strafvollzuges. Beseitigung roher Disziplinstrafen. Heilung oder Verwahrung gemeingefährlicher Trinker.

Für das Privatrecht wird gefordert: Ein besonderes Arbeitsgesetzbuch. Besondere Bestimmungen über Miete und Wohnung. Neuordnung des Rechts der Hausangestellten. Anpassung des freien Vertrages nach sozialem Bedürfnis. Neuordnung des Bohnenrechts im Sinne des Obergangsrechts der Arbeiterbewegung. Gleichstellung von Mann und Frau im Familienrecht; erleichterte Ehescheidung. Beseitigung der Minderjährigkeit der unehelichen Kinder; Verstärkung öffentlicher Aufsicht über die elterliche Erziehung; Übernahme der Kindererziehung auf Staat und Gemeinde. Beendigung des Erbrechts; Erbrecht des Staates; Beseitigung der Alleinheit am Ertrage des Urheberrechts; Schutz auch des abhängigen Erfinders. Neuordnung des Erbrechts.

Im Verlaufe der Debatte wurde auch die Frage der angestrichelten und die Beflaggung der Soldatenuniformen mit dem monarchistischen Fahren scharf geäußert. Es wurde unter lebhafter Zustimmung der ganzen Versammlung gefordert, daß bei feierlichen Anlässen sämtliche amtlichen Gebäude die republikanische Flagge zu hissen hätten. Die ständige Mißachtung dieser selbstverständlichen Maßnahme lasse sich die Arbeiterbewegung nicht länger gefallen und sie dringe darauf, daß die Nordische Woche nicht zu einer Reklame für vergangene Kaiserherrlichkeiten ausgenutzt werde.

Genosse Weich vermachte sich auf die kommende Bürgerchaftswahl und ermahnte die Genossen, ihre volle Pflicht und Schuldigkeit zu tun. Zur Erledigung der Vorarbeiten zu

dem im Oktober in Lübeck stattfindenden Parteitag wurde ein Komitee gewählt, das gemeinsam mit dem Vorstand die Arbeiten verrichten soll.

Die Wahl zum Parteitag ergab folgendes Resultat: Dreger 364, Frau Friedrich 478, Dr. Leber 625 und Weich 523 Stimmen. — Einmütiglich der Landbörse sind insgesamt Stimmen abgegeben: für Dreger 480, Frau Friedrich 643, Dr. Leber 829, Weich 796. Die drei letzten sind somit gewählt.

Der Profit vor allem.

Die steigende Tendenz der Preise läßt die Profitgier gewisser Kreise deutlich erkennen. Der Kampf um Befreiung von allen Zwangsmassnahmen entspringt nicht etwa einem idealen selbstlosen Trieb der Erzeuger und des Handels, sondern verzehrt hinter den großen Worten in erster Linie die Sucht nach schrankenlosem und mißheuserem Gewinn. Wir haben diese Tatsache hundemal erwähnt und wenn wir sie heute wieder streifen, dann nur, um zu den unzähligen Beweisen neue hinzuzufügen. Dies ist notwendig, damit die Bevölkerung nicht vergesse, wenn sie ihre elende Lage zu verdanken hat. Würde im allgemeinen Handel und Wandel jeder darnach trachten, einen Teil der Not, die uns die monarchistische Regierung zugefügt hat, mitzutragen, dann würde trotz Weltmarktpreisen die Lage um vieles erträglicher sein. Das weiß bald jedes Kind. Aber jede Erhöhung der Lebensmittelpreise zehrt für Rimmerlücke eine weitere Erhöhung der Profitquote nach sich, oder zum mindesten ist man nicht geneigt, eine Verschlechterung der Lebenshaltung in Kauf zu nehmen. Diese Drangsal überläßt man denen, die seit Jahr und Tag die Zechen bezahlen: den auf Lohn und Gehalt Angewiesenen. Folgendes Beispiel, das das bürgerliche „Kendsbürger Tageblatt“ berichtet, möge diese Tatsache erhärten. Das Blatt schreibt:

„Warum die Butter so teuer wird! Nicht allein die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse sind Schuld an dem jetzigen hohen Butterpreis. Viel schlimmer ist die Tatsache, daß die Butter von Großkaufleuten und sonstigen Geschäftsjungen als Stapelware aufgekauft wird, um sie bis zum Winter in Kühlhäusern zu lagern und dann in der ganz knappen Zeit mit einem Aufschlag von vielleicht 10 Mark je Pfund an die Verbraucher abzugeben. Leider sollen sich hieran auch die sogenannten Vereinigten Meiereiverbände, G. m. b. H., in Kiel beteiligen, die zu diesem Zweck über mehrere Kühlhäuser in der Provinz verfügen, in denen bereits 3000 Zentner, gleich 300 000 Pfund, lagern sollen. Bei einem Aufschlag von 10 Mark pro Pfund für den Winter würde diese Buttermenge allein einen Gewinn von drei Millionen Mark bringen, der den Verbrauchern zu gegebener Zeit aus der Tasche gezogen wird. Die betreffende G. m. b. H., die die Nachfolgerin der „berühmten“ Provinzialmilchwerke ist, hat sich an die Meiereien Schleswig-Holsteins telegraphisch gewandt, mit der Aufforderung, möglichst bald Butter zu offerieren. Was wird geschehen?“

Was geschehen wird? Man wird die unjüngere Geschichte einfach abstreifen, wie es bisher in ähnlichen Fällen immer der Fall war. Oder einer schiebt die Schuld auf den anderen, wie es nach dem „Hamb. Fremdenbl.“ in einer Versammlung von Landwirten und Meieristen in Witten der Fall war, wo man sich mit der Herabsetzung der Milchpreise beschäftigte. Dort machte ein Hofpächter die bescheidende Bemerkung:

„daß Schuld an den hohen Milchpreisen die Buttergroßhändler hätten, die den Butterpreis künstlich in die Höhe trieben. Ein anderer Landwirt sagte, wenn die Butterkaufer in Hamburg nicht wäre, würde der Großhandel den Butterpreis noch willkürlicher in die Höhe schrauben.“

Wenn die Erzeuger mit ihren Entschuldigungen anfangen, dann weiß man ja auch, wieviel die Uhr geschlagen hat. Deren Unschuldsgestammel ist endlos und dreht sich im Kreise, wie die enormen Preise, die wir ihrem Geldgier zu verdanken haben. Sie werden uns im Herbst schon sagen, was die Kartoffeln kosten. Sie werden auch zu demselben laubernen Mittel greifen wie die Butterwucherer; diese verkaufen das beste Nahrungsmittel in den Kühlhäusern und jene das notwendige Sättigungsmittel in den Mieten. Was verderben oder verkaufen, derbeutel muß auf alle Fälle placken. So will es diese Gesellschaft, die mit den Geldproben und militaristischen Gewaltmenschen rennen. Denn diese sollen ihnen den Wucherer Gewinn ja erst unbeschränkt sichern.

Der Heimatdienst.

Seit drei Jahren arbeitet der Heimatdienst als Aufklärungsstelle der Reichsregierung. Ueber seine Organisation und sein Wesen herrschen aber auch bei im allgemeinen geschulten Politik-

Kleider machen Leute.

Erzählung von Gottfried Keller.

7. Fortsetzung.

Das erste deutliche Gefühl, dessen er inne wurde, war dasjenige einer ungeheuren Schande, gleich wie wenn er ein wirklicher Mann von Rang und Ansehen gewesen und nun infam geworden wäre durch Hereinbrechen irgendeines verhängnisvollen Unglücks. Dann löste sich dieses Gefühl aber auf in eine Art Bewußtsein erlittenen Unrechts; er hatte sich bis zu seinem glänzenden Einzug in die verwünschte Stadt nie ein Vergehen zuschulden kommen lassen; soweit seine Gedanken in die Kindheit zurückreichten, war ihm nicht einmahl, daß er je wegen einer Lüge geübelt worden wäre, und nun war er ein Betrüger geworden dadurch, daß die Torheit der Welt ihn in einem unbewachten und losgelassenen Augenblicke überfallen und ihn zu ihrem Spielzeug gemacht hatte. Er kam sich wie ein Kind vor, welches ein anderes boshafte Kind überredet hat, von einem Altare den Kelch zu stehlen; er haßte und verachtete sich jetzt, aber er weinte auch über sich und seine unglückliche Verirrung.

Wenn ein Fürst Land und Leute nimmt, wenn ein Priester die Lehre seiner Kirche ohne Heberzeugung verkündet; wenn ein dunkelboller Lehrer die Ehren und Vorteile eines hohen Lehramtes inne hat und geniet, ohne von der Höhe seiner Wissenschaft den mindesten Begriff zu haben und derselben auch nur den kleinsten Vorstoß zu leisten; wenn ein Künstler ohne Tugend, mit leichtfertiger Tun und leerer Genußsuche in Mode bringt und Brot und Ruhm der wahren Arbeit verweigert; oder wenn ein Schwindler, der einen großen Kaufmannsnamen geerbt oder erlangt hat, durch seine Torheiten und Gewissenlosigkeiten Tausende um ihre Ersparnisse und Notpennige bringt, so weinen alle diese nicht über sich, sondern erfreuen sich ihres Wohlseins und bleiben nicht einen Abend ohne aufheiternde Gesellschaft und gute Freunde.

Unter Schneider aber weinte bitterlich über sich, d. h. er jammerte sich plötzlich an, als nun seine Gedanken an der schweren Kette, an der sie hingen, unverzüglich zu der verlassenen Braut zurückkehrten und sich aus Scham vor der Anstaltbaren zur Erde krümmten. Das Unglück und die Erniedrigung zeigten ihm mit einem hellen Strahle das verlorene Glück und machten aus dem unklaren vertriebenen Jüngling einen verstorbenen Liebenden. Er streckte die Arme gegen die kalt glänzenden Sterne empor und taumelte mehr, als er ging, auf seiner Straße dahin, fand wieder still und schaltete den Kopf, als plötzlich ein roter Schein den Schnee um ihn her erreichte und zugleich Schellenklang und Gelächter ertönte. Es

waren die Seltwpler, welche mit Fackeln nach Hause fuhren. Schon näherten sich ihm die ersten Pferde mit ihren Nasen; da raffte er sich auf, tat einen gewaltigen Sprung über den Straßenrand und duckte sich unter die vordersten Stämme des Waldes. Der tolle Zug fuhr vorbei und verhallte endlich in der dunklen Ferne, ohne daß der Jüngling bemerkt worden war; dieser aber, nachdem er eine gute Weile reglos gelauscht hatte, von der Kälte wie von den erst geschlossenen feurigen Getränken und seiner granwolken Dummheit übermannt, kletterte unermüdet seine Klippe aus und schlief ein auf dem knisternden Schnee, während ein eiskalter Hauch von Osten heranzuwachen begann.

Inzwischen erhob auch Nettchen sich von ihrem einsamen Sitze. Sie hatte dem abziehenden Gesinde gewissermaßen aufmerksam nachgesehen, sah länger als eine Stunde unbeweglich da und stand dann auf, indem sie bitterlich zu weinen begann und ratlos nach der Tür ging. Zwei Freundinnen gestellten sich nun zu ihr mit zweifelhaft tröstenden Worten; sie bat dieselben, ihr Mantel, Lächer, Hut und dergleichen zu verschaffen, in welche Dinge sie sich sodann kumm verpackte, die Augen mit dem Schleiher heftig zudrückend. Da man aber, wenn man weint, fast immer zugleich auch die Nase schneuzen muß, so sah sie sich doch genötigt, das Taschentuch zu nehmen, und tat einen tiefen Seufzer, worauf sie stolz und zornig um sich blinzelte. In dieses Bliden hinein geriet Melchior Böhm, der sich ihr freundlich, demütig und lächelnd näherte und ihr die Notwendigkeit darstellte, nunmehr einen Führer und Begleiter nach dem väterlichen Hause zurück zu haben. Den Teufel beiheißend, sagte er, werde er hier im Gasthause zurücklassen und dafür die Fortuna mit der verehrten Unglücklichen sicher nach Goldbach hingleiten.

Ohne zu antworten, ging sie festen Schrittes voran nach dem Hofe, wo der Schlitten mit den ungebildeten wohlgepflegten Pferden bereit stand, einer der letzten, welche dort waren. Sie nahm rasch darin Platz, ergriff das Reithilf und die Peitsche, und während der achtsame Böhm, mit glücklicher Geschäftigkeit sich gebärdend, dem Stallknecht, der die Pferde gehalten, das Trintgeld hervorholte, trieb sie unversehens die Pferde an und fuhr auf die Landstraße hinaus in starken Schen, welche sich bald in einen anhaltenden munteren Galopp verwandelten. Und zwar ging es nicht nach der Heimat, sondern auf der Seltwpler Straße hin. Erst als das leichtbewegte Fahrzeug schon dem Bilde entglitten war, entdeckte Herr Böhm das Geisniss und lief in der Richtung gegen Goldbach mit Ho ho! und Haltrufen, sprang dann zurück und jagte mit seinem eigenen Schlitten der entflohenen oder nach seiner Meinung durch die Pferde entführten Schönen nach. Bis er am Tore der aufgeregten Stadt anlangte, in welcher das Regeneris bereits alle Augen beschliffte.

Warum Nettchen jenen Weg eingeschlagen, ob in der Verwirrung oder mit Voratz, ist nicht sicher zu berichten. Zwei Umstände mögen hier ein leichtes Licht gewähren. Einmal lagen sonderbarerweise die Wegmühe und die Handhabe Strapsinsis, welche auf dem Fensterbänke hinter dem Sitze des Paares gelegen hatten, nun im Schlitzen der Fortuna neben Nettchen; wann und wie sie diese Gegenstände ergriffen, hatte niemand beachtet und sie selbst wußte es nicht; es war wie im Schlafwandel geschehen. Sie wußte jetzt noch nicht, daß Mühe und Handhabe neben ihr lagen. Sodann sagte sie mehr als einmal laut vor sich hin: „Ich muß noch zwei Worte mit ihm sprechen, nur zwei Worte!“

Diese beiden Tatsachen scheinen zu beweisen, daß nicht ganz der Zufall, die feurigen Pferde lenkte. Auch war es seltsam, als die Fortuna in die Waldstraße gelangte, in welche jetzt der helle Vollmond hineinschien, wie Nettchen den Lauf der Pferde mähtigte und die Zügel fester anzog, so daß dieselben beinahe nur im Schritt einbertanzten, während die Lenkerin die traurigen aber dennoch scharfen Augen gepannt auf den Weg blickte, ohne links und rechts den geringsten auffälligen Gegenstand außer acht zu lassen.

Und doch war gleichzeitig ihre Seele wie in tiefer, schwerer, unglücklicher Vergessenheit befangen; was sind Glück und Leben! von was hängen sie ab? Was sind wir selbst, daß wir wegen einer lächerlichen Fastnachtsstube glücklich oder unglücklich werden? Was haben wir verschuldet, wenn wir durch eine fröhliche gläubige Zuneigung Schmach und Hoffnungslosigkeit einerkanten? Wer sendet uns solche einfältige Truggestalten, die zerstörend in unser Schicksal eingreifen, während sie sich selbst daran auflösen, wie schwache Seifenblasen?

Solche mehr geträumte als gedachte Fragen umfingen die Seele Nettchens, als ihre Augen sich plötzlich auf einen länglichen dunklen Gegenstand richteten, welcher zur Seite der Straße sich vom mondbelegneten Schnee abhob. Es war der langhalsiggestreckte Wenzel, dessen dunkles Haar sich mit dem Schatten der Bäume vermischte, während sein schlanker Körper deutlich im Lichte lag. Nettchen hielt unwillkürlich die Pferde an, womit eine tiefe Stille über den Wald kam. Sie starrte unermüdet nach dem dunklen Körper, bis derselbe sich ihrem hellsehenden Auge fast unverkennbar darstellte und sie leise die Zügel festband, ausließ, die Pferde einen Augenblick beruhigend streichelte und sich hierauf der Ercheinung vorzüglich, launlos näherte.

Ja, er war es. Der dunkelgrüne Samt seines Rockes nahm sich selbst auf dem nächtlichen Schnee schön und edel aus; der schmale Leib und die geschmeidigen Glieder, wohl geschmückt und geputzt, alles lagte noch in der Erstarrung, am Rande des Unterganges, im Verlorensein. Kleider machen Leute! (Fortsetzung folgt.)

lern große Unkenntnis und zahlreiche Mißverständnisse. So ist neulich auf der Tribüne des Reichstages behauptet worden, der Heimatsdienst beschäftige 35 000 bezahlte Agenten. Die Zeitungen der Reichsparteien und der Kommunisten beken die Behauptung von den 35 000 Angestellten, dieser preußischen Spionen- und Denunziantenclique nach. Die Reichszeit nimmt den Unfug gläubig hin, obwohl die ruhige Überlegung jedem vernünftigen Menschen sagen muß, daß eine solche Überbesetzung des Landes mit bezahlten Regierungsagenten einfach lächerlich wäre. Sie würde, nebenbei bemerkt, dem Reiche allein an Gehältern mindestens 500 bis 600 Millionen Mark im Jahre kosten, während die gesamten Ausgaben für den Heimatsdienst, wie der Reichshaushaltsplan ausweist, im vergangenen Jahre 12 Millionen Mark betragen haben.

Was ist der Heimatsdienst? Er selbst umschreibt seine Aufgabe wie folgt: „Alle Aufbauehrungen durch eine planmäßige parteipolitisch völlig neutrale, auf jede Parteiung verzichtende Volksaufklärung zu unterstützen.“ Man tut dem Heimatsdienst nicht unrecht, wenn man hinzufügt: „Er gibt der jeweiligen parlamentarischen Regierung und ihren Fachministerien die Möglichkeit, über ihre Pläne und Taten im ganzen Lande Aufklärung zu verschaffen.“

Damit ist sowohl der politische Nutzen, den ein solcher Apparat bringen kann, bezeichnet, wie auch die politische Gefahr gezeigt, die aus dieser Volksbeeinflussung entstehen kann. Vom sozialdemokratischen Standpunkte aus gesehen, bietet aber die jetzige Organisation gegen solchen Mißbrauch eine gewisse Garantie. Die organisatorische Gliederung des Heimatsdienstes ist wie folgt: Reichszentrale in Berlin, Landesabteilungen und Nebenstellen mit angestellten Kräften in allen Teilen des Reiches (mit Ausnahme des besetzten Gebietes), und als breiter Unterbau das Heer der ehrenamtlichen Vertrauensleute bis in die kleinsten Städte und Dörfer. Zwar geht die politische Initiative, entsprechend den Anweisungen der Regierung, von Berlin aus — nur die bayerische Landesabteilung hat noch eine gewisse Selbstständigkeit —, aber die ganze Aufklärungsarbeit leistet, wenn die Masse der Vertrauensleute nicht mittelt. Die Reichszentrale ist daher auf möglichst Objektivität angewiesen, wenn sie die Vertrauensleute im Lande nicht töpischen machen will. Auch die Tatsache, daß sowohl in der Reichszentrale zu Berlin wie in den Landesabteilungen und in den Nebenstellen Angestellte aus verschiedenen Parteilagern wirken, von der Rechten bis zur A. S. P., verhindert Einseitigkeit.

Die sozialistischen Arbeiter tun jedenfalls gut, dem Heimatsdienst noch etwas mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden als bisher. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist nicht, wie es jetzt vielfach in der gegnerischen Presse dargestellt wird, eine rückfällige Verschwörer der Heimatsdienstes. Sie hat aber gewissen Leuten nicht den Gefallen getan, auf die Pläne hereinzuweisen, die zwar den Heimatsdienst auflösen, aber an seine Stelle einen viel gefährlicheren, kapitalistisch finanzierten, unkontrollierbaren, auf Täuschung der Massen berechneten Apparat setzen wollen. Wir nehmen den offiziellen Heimatsdienst einstweilen als eine Tatsache hin und haben die Möglichkeit, zu verhindern, daß er gegen die arbeitenden Massen wirkt, wenn wir nur wollen.

Schöffengericht.

Folgen des Leichtsins. Der jugendliche Handlungsgehilfe Hr. war bei dem Kaufmann B. als Reisender tätig. Er war auch berechtigt, für die verkauften Waren Geld einzufassen. Dieses tat er auch; hierfür die Beträge aber nicht voll ab, sondern verbrauchte einen Teil der Gelder für sich. Der Angeklagte, der geständig ist, hat das Geld teilweise in leichtsinniger Weise und in lustiger Gesellschaft verjubelt. Zunächst verbrauchte er dem Geschäftsinhaber die unterliegenden Summe. Als ihm das aber nicht möglich war, ging er ins Ausland, kehrte aber halb zurück und stellte sich freiwillig der Polizei. Das Urteil lautete auf 1 Monat Gefängnis. Gleichzeitig wurde die bedingte Begnadigung mit einer Bewährungsfrist von 3 Jahren ausgesprochen. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft wollte den jungen Mann auf 1 Jahr ins Gefängnis stecken. — Wegen Fahradiebstahls erhielt der vorbestrafte Tischlerlehrling Sch. 1 Jahr Gefängnis. — Die Betriebsratskasse um 17 1/2 Mk. erleichtert hat der Schiffsanleger K., der auf dem Travewerter in Beschäftigung stand. Der Angeklagte hatte Zutritt zu dem Zimmer, in dem der Betriebsrat des Travewerkes die Geschäftsbücher aufbewahrt. Diese Gelegenheit benutzte K. dazu, um mittels eines selbstangelegten falschen Schlüssels der Kasse nach und nach kleinere Beträge zu entnehmen. Schließlich aber wurde K. bei dem Diebstahl erwischt und angezeigt. Der Angeklagte, der alle Diebstahle einräumte, erhielt 1 Jahr Gefängnis. — Ein schwerer Junge ist der 21jährige Arbeiter K., der trotz seiner Jugend bereits neulich verurteilt ist. Er verübte außerdem einen Einbruchsdiebstahl in der Hundestraße, bei dem ihm eine goldene Uhr, eine Brieftasche, Schokolade und verschiedene andere Sachen in die Hände fielen. Später machte er einen

Einbruchsvorfall im Geschäftshaus des „Generalanzeigers“, wobei er abgefaßt wurde. Das Urteil lautete auf 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. — Ein Jahr Zuchthaus angefaßt der wegen Diebstahls oft vorbestrafte Hausbursche K. Der Angeklagte war nach dem Diebstahl nach Völs gereist, um hier einen besseren Lebenswandel zu beginnen. Kaum aber war er hier angekommen, so nahm er sein unsauberes Gewerbe wieder auf und verübte mehrere Einbrüche.

Beamtenbegehungen. Das Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck, Abt. I schreibt: Es ist wiederholt vorgekommen, daß Steuerpflichtige Beamten der Reichsfinanzbehörden für eine zu ihren Dienstobliegenheiten gehörende Handlung Geldgeschenke oder geldwerte Vorteile angeboten haben. Durch ein solches Verhalten, mag auch nach Ansicht des Steuerpflichtigen das Geldangebot als Entgelt für eine besondere Mithilfeleistung des Beamten erfolgt sein, macht sich der Steuerpflichtige des Vergehens der Beamtenbegehung, das durch § 333 des Strafgesetzbuches mit Gefängnisstrafe bedroht wird, schuldig, abgesehen davon, daß in minder schweren Fällen mindestens Beleidigung des Beamten in dem Angebot von Geld oder sonstigen Vorteilen gesehen werden kann. Die Beamten sind verpflichtet, um sich nicht selbst strafbar zu machen, jeder derartige Vorkommnis ihrer vorgesetzten Dienstbehörde zu melden, worauf unmissverständlich Strafanzeige wegen Beleidigung durch die dem Beamten vorgesetzte Dienstbehörde gestellt werden. Strenge Auffassung von den Beamtenpflichten liegt im Interesse sowohl der Reichsfinanzbehörden als auch der Steuerpflichtigen.

Ueberschreitung des Achtstundentages. Der Landschaftsgärtner M. Schetelig hat im Frühjahr dieses Jahres einige seiner Angestellten in der Abteilung Landschaftsgärtnerei 9 Stunden täglich beschäftigt und war deshalb vor dem Schöffengericht angeklagt. Der Angeklagte will den Arbeitern nicht die neunstündige Arbeitszeit aufgedrängt, sondern gesagt haben, wer keine 9 Stunden arbeiten wolle, könne nach 8 Stunden arbeiten. In den übrigen Abteilungen seines Betriebes soll der Achtstundentag eingehalten worden sein. Der Vertreter der Anklage vertrat den Standpunkt, daß der Betrieb unter der Gewerbeordnung falle und daher eine Ueberschreitung des Achtstundentages strafbar sei. Das Gericht setzte die Verurteilung des Urteils auf den 30. August an.

Proskarten abholen. Wer die Proskarten bis zum Freitag, dem 25. d. Mts., in den festgesetzten Ausgabzeiten nicht abgeholt hat, kann diese noch am Sonnabend, dem 27. d. Mts., in den Zentralhallen, vormittags von 8 1/2 bis 1 Uhr, gegen Zahlung der festgesetzten Gebühr in Empfang nehmen.

Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes. Nicht gering ist die Zahl der Stadtverwaltungen, die bei der Vergebung gemeindlicher Arbeiten und Lieferungen nur diejenigen Firmen berücksichtigen, die ihre Verpflichtungen aus dem Schwerbeschädigtengesetz voll erfüllen. Die Anfragen bei der hiesigen amtlichen Hauptverfügungssstelle zeigen, wie sehr man auf die Beachtung dieses Punktes bedacht ist. Das mag für alle Firmen, die auf Berücksichtigung bei der Vergebung gemeindlicher Arbeiten und Lieferungen Wert legen, ein Ansporn sein, auf dem Gebiete der Schwerbeschädigtenfürsorge hinter ihren gesetzlichen Pflichten nicht zurückzulassen.

Verlängerte Geschäftszeit während der Nordischen Woche. Im Einklang mit den beteiligten Kreisen hat das Polizeiamt die Riffer 1 der Bekanntmachung über den Ladenschluß vom 28. September 1918 für die Zeit vom 1. bis 11. September (Nordische Woche) aufgehoben und die Offenhaltung der Geschäfte für diese Zeit sowie die Beleuchtung der Schaufenster bis 7 Uhr gestattet. Auf diese Weise ist den auswärtigen Gästen Gelegenheit gegeben, auch in den Abendstunden die Auslagen in den Schaufenstern besichtigen und noch Einkäufe machen zu können. Den Angestellten wird die Mehrarbeit als Nebenstunde bezahlt.

Durchreise-Visum durch Dänemark. Das dänische Durchgangswissen kostet für jede Person 48,50 Mk. und ist jederzeit unter Einzahlung dieses Betruges und des Passes auf schriftlichem Wege bei den dänischen Konsulaten in Hamburg und Flensburg erhältlich.

Stadttheater. Freitag Wiederholung von Cavallerie rusticana und der Bajazzo, am Sonnabend zum letzten Male Hoffmanns Erzählungen. Auf die Vorstellung für den Arbeiterbildungsberein am Sonntag nachmittag weisen wir besonders hin. Karten sind noch an der Theaterkasse zu haben. Sonntagabend auf vielfachen Wunsch der Sonntagbesucher: Cavallerie rusticana und der Bajazzo.

Badeanstalt Falkendamm. Wasserwärme am 26. August morgens 6 Uhr 21 1/2°; mittags 12 Uhr 21 1/2° Celsius.

Angrenzende Gebiete.

Schwarzwald-Rieselfeld. Auf die Parteiverammlung am Sonnabend abend 8 Uhr machen wir besonders aufmerksam. Genosse Schmidt hält einen Vortrag über „Die neue Zeit“. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

Lauenburg. Die Kartoffelernte ist außerordentlich gut ausgefallen. Die Preise gehen zurück. Man zählt jetzt für lange Gelbe und Gierkartoffeln, die bereits 70 Mk. der Zentner kosteten, nur noch 60 Mk. und für Industrie- und Backmangeln 55 Mk. Die Kartoffeln sind infolge der Wärme auch von der Seuche vollständig verschont geblieben und sind von ansehnlicher Größe.

Neunkircher. Alle Verbreiter und Verfertiger der falschen 5-Mark-Scheine gefaßt. Es gelang der hiesigen Polizeibehörde, ein Ehepaar beim Ausgeben von falschen 5-Mark-Scheinen zu erwischen. Es handelt sich um den Kieler Schlachter Joseph Stürmer und dessen Ehefrau. Er vermittelte sich beim Verhör in Widersprüche und räumte schließlich ein, daß die Scheine in Kiel hergestelt und von dort aus verbreitet würden. Die hiesige Polizeibehörde setzte sich mit der Kieler Verbindung, und es gelang ihnen, alle Beteiligten dingfest zu machen.

Kiel. Verschärfte Streiklage. Die Ausschüßten auf eine baldige Beilegung des Streiks sind wenig günstig. Die Lage hat sich verschärft, verschiedene Betriebe der Textilbranche und Taumerkfabriken sind hinzugekommen. Die Zahl der streikenden Arbeiter hat sich also vervielfacht.

Kiel. Unglück am Ostseekanal. Bei der Sevenshauer Brücke stürzte ein mit Kieselsteinen beladenes Auto der Kruppischen Schiffswerft von der hohen Böschung in den Ostseekanal hinab. Der Chauffeur wurde getötet, seine Begleiter wurden schwer verletzt.

Gadebusch. Tragischer Unfall. Beim Niederkommen vom vollen Fuder Korn hatte ein Mädchen in Wittenmark das Unglück, in eine hochgestellte Furke zu geraten, wodurch ihr die Brust vollständig aufgerissen wurde.

Parchim i. Mecklbg. Der sozialdemokratische Verein hatte am vergangenen Sonnabend eine öffentliche Volksversammlung einberufen. Als Referent war der Stellvertreter des Vorsitzenden des Bezirksamtsauschusses Gen. Dr. Bieth-Lübeck gewonnen worden, der über das Thema „Sozialdemokratie und öffentliches Bildungswesen“ sprach. Die Versammlung, zu der auch die Lehrerschaft aus dem bürgerlichen Lager und die Wortführer der Kommunisten erschienen waren, ohne indessen den Mut zu erheben, das Wort in der bereitwillig freigegebenen Diskussion zu erheben, folgte den eingehenden Darlegungen des Referenten mit lebhaftem Interesse. Nach kurzer zustimmender Debatte wurden die von dem Bildungsausschuß aufgestellten Richtlinien für die Kulturarbeit im Bezirke Mecklenburg-Lübeck angenommen. Im Anschluß an diese Versammlung, der eine Parteiverammlung folgte, soll ein Ortsbildungsausschuß gebildet werden.

Lüneburg. Die Kartoffelverförmung. Im Rathaus fand eine Besprechung zwischen der Stadtverwaltung, den Vertretern der Landwirtschaft und denen der Verbraucherkreise über die Versorgung mit Kartoffeln im kommenden Winter statt. Nach einem einleitenden Vortrag des Oberbürgermeisters erklärte der Geschäftsführer des Kreiswirtschaftsverbandes, die Landwirte hätten bereits über diese Frage beraten. Sie seien bereit, die Kartoffelverförmung Lüneburgs zu übernehmen. Die Vertreter der Landwirte wollen 60—70 000 Zentner Kartoffeln zu einem Preis von 40—45 Mk. zur Verförmung stellen. Dieser Preis soll unter keinen Umständen überschritten werden. Die endgültige Preisfestlegung solle aber erst nach der Marktpreislage am 15. September erfolgen. Alle übrigen Fragen möge man einem zu wählenden Ausschuß überlassen. Nach einer weiteren Aussprache, einigte man sich auf diesen Vorschlag und wählte einen Ausschuß, bestehend aus 6 Landwirten, zwei Magistratsmitgliedern, zwei Bürgervertretern und je einem Vertreter der Gewerkschaften, der Beamten, der Angestellten, der Rentner, der Bezirksräte des Bürgerbundes und der Arbeitgeber.

Lüneburg. Der Kampf um die Nachfolgerschaft. Als noch die Augen nicht geschlossen, da fand sich schon ein Heilkundiger ein, der in Raddruck nach Altscher Weise Kranke behandeln wollte. Kaum aber war Altscher tot, da schloffen seine Nachfolger wie Milze aus der Erde. In Raddruck, in Lüneburg und anderen Orten machten „Schüler Alts“ bekannt, daß sie kein Geheimnis ergünden wollten und in der Lage wären, auch so wie der Verstorbenen alle möglichen Krankheiten zu heilen. Nun machten aber die Söhne Alts bekannt, daß das Geheimnis, auf dem die Heilkunde Alts beruhe, ein unverbrüchliches Eigentum der Familie Alts sei, das sich seit dem Jahre 1136 in der Familie stets vom Vater auf den Sohn vererbt habe. Kein Fremder könne dies Geheimnis, nur ihnen sei es vom Vater vermacht worden. Große Summen, die ihrem Vater dafür namentlich vom Auslande her, geboten seien, habe ihr Vater stets

Berliner Brief.

Wie Gläubige zu Gläubigern werden. — Die Biedermänner und ihre Trübsal. — Appell zur Vernunft. — Auf Rains Spuren. ZN. Berlin, 24. August 1921.

Es hilft nichts: wer heute aus Berlin schreibt, der muß mit dem anfangen, wozu in diesen Tagen hier alle Leute zu reden beginnen, die sich auf der Straße „Guten Tag!“ sagen, die sich am Wirtschaftstische bei ihrer „Weigen“ oder auf dem Wege zur Versammlung „ihres Kongresses“ treffen. Wenn zwei beieinanderstehen, so kommt man, ohne zu den Berufsvertretern zu gehören, mit Glück darauf zu warten, daß ihre lebhaften Konversationen auf Köhn oder Klante, auf Müller oder Biedermann, oder auf alle diese Biedermänner zusammen gemünzt sind. Und wenn die zwei auseinander gehen, so reden sie regelmäßig vom Biederhahn. Aber diese Wiederholungsphrasen sind meistens auf die großen oder kleinen Papierlappen gerichtet, die die genannten Biedermänner in der Hoffnung auf eine baldige Verwirklichung in einer Stunde, da man im Glauben steht, im Konjunktur oder schwach war, anvertraut hat. Wenn man für diesen Zustand das rechte Verständnis beibringen will, dann muß man verstanden, daß es sich bei der Angelegenheit um weit über 300 Millionen handelt. Wenn man sich weiter vergegenwärtigt, daß erst einige Monate vergangen sind, seitdem die ersten Werbeblätter der „Sportanten“ die Druckpresse verließen, so steht der Geist jenes Menschen, der auch jetzt noch weiß, was eine Million ist, vor Ehrfurcht still. Man ist geradezu betäubt von dem Genußanlaß der Dummheit, den man vom Standpunkte dieser Kongressangelegenheit bei seinen Zeitgenossen wahrnimmt. Und man kann nicht wahrin, in Gedanken den Hut zu legen vor den Biedermännern, denen ihr Scherzspiel diesen Berg der Verheißung gezeigt hat. Zugegeben: Diese Herren haben nicht das geringste Sympathie an sich und wenn unsere Ratlosigkeit mehr von menschlich praktischen Erwägungen, als von staatsrechtlichen Überlegungen würde, hätte man sie alsbald aus ihren „Sportanten“ nach dem Arbeitsbureau abschieben müssen. Aber die maßlose Genußsucht, mit der sie den Höhengrad bestimmt haben, bis zu dem sich menschliche Dummheit verheißt kann, nötigt jeden, der nicht zu ihren Kunden gehört, und sich deshalb noch den Status der Objektivität gefallen kann, Respekt ab.

Da ist Herr Köhn. Im Frühjahr noch ein notorisch armer Schuster, der vor acht Tagen, als seine „Kasse“ wackelte, die Gläubiger auf seine zweieinhalbmillionen-Rente in „beiden Händen“, auf sein zweieinhalbmillionen-Gut bei Zinsen und auf seiner „Sportanten“ Respekt in Hoppetrotzen aufmerksamen, die er „die Kasse zu verwerfen“ habe. Und er fand Gläubiger unter den „Sportanten“, denen jeder ein für die öffentliche Lage ab-

ging, daß Herr Köhn diese Objekte von keinem anderen Gelde erworben haben könne, als von den eigenen.

Ein Mann von großen Entwürfen ist Klante. Wenn er noch an einen Ort kommen sollte, wo seiner Bewegungsfreiheit Schranken gesetzt sind, so würde die Welt in ihm einen großen Reformator verlieren. Herr Klante hat an der Behandlung manches auszusetzen, die die Presse seinem Unternehmen hat angedeihen lassen. Dieser Uebel wird er abhelfen durch die Gründung einer Reformzeitung. Die Banken haben ihn im Stich gelassen gerade in dem Augenblick, da er alle seine Klienten auf Lebenszeit „gesund machen“ wollte. Was liegt also für diesen Reformator näher, als die Einrichtung einer Reformbank? In der Gläubiger-Versammlung, in der er seinen andächtig lauschenden Kunden diese An- und Absichten vorzutrug, verkündete er ferner, daß er Kaffeehäuser und Cafés einrichten werde, aus denen er die Summen zur Befriedigung seiner Gläubiger herauszuschaffen wolle. Er würde damit auch in sofern von seiner bisherigen Praxis abweichen, als er seine Anhänger fürderhin mit immerhin noch reellereu, Gassen belohnen würde. Ob in diesen zu gründenden Cafés der alte Brauch geblieben bleiben soll, der in einem von Major Klante bereits früher betriebenen Café bestand? Dort mußte nämlich, wenn er ergrübelte, die Kapelle jedesmal das schöne Lied intonieren: „Der Schiebermax ist da!“ Für mich ist jedenfalls eins sicher: Wenn Herr Klante seine Reformzeitung aus der Laune gehoben hat und ich sein Mitarbeiter werden sollte, dann legt er mir jedesmal mein Honorar in barem Gelde auf den Tisch, bevor ich auch nur meine Feder ansehe!

Seinem Namen am meisten Ehre macht von allen „Sportbankiers“ Herr Biedermann. Er ist der Situation gewachsen. Als seine Sache anfangs ruhig zu werden, machte er seine (am besten Alliance-Platz gelegene) Bude zu: Seine „Interessenten“, die sich nach dem Anblick ihres Wohlstandes sehnten, fanden an der geschlossenen Tür einen Zettel: „Wir bitten höflichst unsere Kunden, sich vernünftig und ruhig zu verhalten.“ Herr Biedermann muß wissen, was er den Seinen bieten kann. Auch scheint er ein Optimist zu sein, wenn er seine Kundenschaft auf die Verunsicherung alaubt verweisen zu können. Aber der Wundergrößte: die Tür, an der der Biedermann'sche Appell zur Vernunft hing, ist unverändert geblieben! Ich habe mich selbst davon überzeugt.

Nur nach der Überwindung des äußersten Widerstrebens geht der Chronist an die Erzählung von Vorfällen, die die Berliner Öffentlichkeit nicht immer lebhaft beschäftigt haben. Vor einiger Zeit wurden in dem sogenannten Engelhofen, einem Teil der Spree in der Nähe des Schloßischen Bahnhofs, fünfzigjährige Teile von Leichen gefunden, die auf bestialische Grausamkeiten von Frauen schließen ließen. Während man nach der Untersuchung dieser Kunde und der Ermittlung des Mörders be-

schäftigt war, wurde ein in der Potsdamerstraße verübter Frauenmord gemeldet. Hier war eine gewisse Minna Meiners, die Inhaberin eines hergerichteten „Massager-Salons“, ermordet und bestattet worden. Der „Salon“ der Eymordeten hat wiederholt die Polizei beschäftigt. Die Auffindung des Mörders bietet darum erhebliche Schwierigkeiten, weil die Zahl der „Klienten“ der Meiners und ihrer „Mittelschwestern“ außerordentlich groß war und weil der „Betrieb“ derart gewesen ist, daß man mindestens dem kleineren Teil der Besucher dieses „Salons“ eine Tat wie die geschehene zutrauen kann. Es ist nicht ganz leicht, sich zu erklären, wie die Berliner Polizei, der das Treiben im Meinerschen Salon unmöglich verborgen geblieben sein kann, diese Wirtshaus weiter gehen lassen konnte. Jetzt allerdings scheint man auf ähnliche Lasterhöhlen ein scharfes Auge richten zu wollen.

Noch hatte sich aber die Erregung über die Mordtat in der Potsdamer Straße nicht gelegt, als die Berliner Neuzeitlichkeit schärfer erkrankte unter der Nachricht von einem neuen Frauenmord in der Langezeitstraße am Schloßischen Bahnhof. Es war nicht so sehr die schnelle Aufeinanderfolge der Auffindung verübter Leichen, die des Mordes an der Meiners und der neuen Mordtat, die die Menschen erschütterte, es war vielmehr die furchtbare Brutalität, die der Mörder aus der Langezeitstraße gezeigt hatte. Der 56 Jahre alte Handelsmann Karl Großmann, der auf früherer Tat gefaßt wurde, bewohnte in der genannten Straße einen einzigen Raum. Er hand allein und führte seine Wirtshaus selbst. Es ist von seinen Handbarn öfters beobachtet worden, wie er abends spät Mädchen von der Straße mit in seine Wohnung nahm. Sein Opfer (wahrscheinlich wird man sagen müssen: sein letztes Opfer), die 34 Jahre alte Schneiderin Berekli, ist von ihm, nachdem er ihr die Kleider vom Leibe gerissen hatte, in niedriger Weise abgehängt worden. Da die Berekli noch ungeschädigt ausstiegen konnte, war die Festnahme des Mörders auf früherer Tat möglich. Die Polizei hatte Mühe, den Innenhof des Abtransport den Händen der erbitterten Menge zu entziehen. Alle Einzelheiten des Mordes lassen darauf schließen, daß man es hier mit dem Urheber auch der Mordtat zu tun hat, deren stumme Zeugen die im Engelhofen gefundenen Leiber sind. Merkwürdig ist, daß Großmann bereits einmal mit diesen Morden in Zusammenhang gebracht und daß damals bei ihm Hausdurchsuchung gehalten ist. Sie verlief aber resultatlos.

Es wäre heute ein eitel Gemühen, von der Psychologie dieses furchtbaren Mörders, von Blutrausch und anderen Verirrungen oder von den Verdrähtungen einer irrenden Menschheit zu reden. Die Rachgier des menschlichen Wesens zeigt vor Zeit zu Zeit solche Erscheinungen. Der gute, seines Weges wohlweisliche Mensch stellt einen Augenblick von Schauern und Grauen überwältigt ob der Begegnung mit einem entarteten Artgenossen...

ausgeschlagen. Sie allein seien in der Lage, seine Heilfunde fortzusetzen. Zunächst würden sie das nur brieflich tun. Später aber würden sie auch wieder persönliche Besuche empfangen. — Vorläufig müssen die Erben noch das große Vermögen zählen, das die Reichgläubigen ihrem Vater zugezogen haben. Und sie werden es nach alter Erfahrung zu ermessen wissen.

Bremen. Winterkartoffelversorgung der arbeitenden Bevölkerung durch den Staat veranlaßt die Vertreter des Ortsausschusses des ADGB, Bremen, des Arbeitervereins Bremen, sowie der Zentralrat der Betriebsräte Bremen. In einer Eingabe an den Senat und den Präsidenten der Bürgergesellschaft heißt es u. a.: „Der überwiegende Teil der arbeitenden Bevölkerung wird in diesem Jahre nicht in der Lage sein, sich auch nur im beschränkten Maße mit Feuerung und Winterkartoffeln einkaufen zu können, weil die dafür erforderlichen Gelder nicht vorhanden sind, und wird sie notgedrungen als Tageslöhner entstehen müssen. Dadurch wäre erstere nicht nur aller Witterung und Preissteigerung der Kartoffelproduzenten und Kartoffelhändler ausgesetzt, was die Notlage an und für sich schon erhöhen würde, sondern die Ernährungsmöglichkeit der arbeitenden Bevölkerung ist dadurch überhaupt in Frage gestellt. Wir sehen uns deshalb genötigt, den Senat und die Bürgergesellschaft die drohende und große Gefahr aufmerksam zu machen und ersuchen dringend, sofort Maßnahmen zu treffen, um von Seiten der Kommune die Versorgung mit Winterkartoffeln für die arbeitende Bevölkerung Bremens sicher zu stellen.“

Gewerkschaften.

Der Richtungsstreit unter den Angestellten.

Die bevorstehende Wahl der Beihilfenbesitzer zum Berliner Kaufmannsgericht verdient das Interesse der gesamten Konkurrenz, denn es handelt sich dabei nicht nur um einen Konkurrenzstreit der Angestelltenverbände, sondern hier wird ein tiefgehender grundsätzlicher Richtungsstreit ausgefochten. Es wird darum gekämpft, ob die verschiedenen Gruppen der Angestellten, Handlungsgehilfen, Bureauangestellte, technische Angestellte, selbst untereinander eine einheitliche und gemeinsame Ziele aufstellen wollen, ob sie in der Arbeiterkassenschaft ihre Klassen- und Kampfgemeinschaft erblicken oder der Ideenwelt des Unternehmertums unterworfen sein wollen und schließlich, ob sie die bestehende kapitalistische Wirtschaftsordnung grundsätzlich verteidigen oder die sozialistische Wirtschaftsordnung als eine höhere Form anerkennen wollen. Es stehen sich als Kämpfer gegenüber der die überlebte Vergangenheit repräsentierende Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband (DHBV), der verbündet ist mit dem Deutschen Bankbeamten-Verband (DBB) und dem Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten (WbV). Seine Gegner ist der, die Gegenwart und Zukunft vertretende Zentralverband der Angestellten. Zwischen beiden, aber durchaus auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, steht der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA), der sich nach dem Kriege aus verschiedenen Organisationen gebildet hat, die bis dahin die Anwendung gewerkschaftlicher Machtmittel und die Tarifverträge immer abgelehnt hatten, weil sie immer noch an ein „Vertrauensverhältnis“ mit dem Unternehmertum glaubten. Nach dem Kriege haben sie, ohne sich in ihrem Wesen geändert zu haben, sich den Namen „Gewerkschaftsbund“ zugelegt, weil sie der Meinung sind, daß sich damit unter den veränderten Verhältnissen bessere Geschäfte machen lassen.

Der Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband will nicht nur eine organisatorische, sondern auch eine rechtliche und geistige Einigung der verschiedenen Angestelltenverbände verhindern; er fühlt sich lediglich als Vertreter der „Kaufmannsgehilfen“, ein Ausdruck, der in der Gesetzgebung und auch im geschäftlichen Umgang ganz ungewohnt ist, den der DHBV aber erfunden hat, um seine Sonderbestrebungen nach außen hin zu dokumentieren.

Der Zentralverband der Angestellten fordert ein in den Grundzügen einheitliches Arbeitsrecht und den Ausbau der Kaufmannsgerichte zu Arbeitsgerichten für alle Lohnarbeiter, wobei besondere Kammern für Angestellte zu bilden wären. Die technischen Angestellten, die hauptsächlich durch den freigewerkschaftlichen Bund der technischen Angestellten und Beamten vertreten werden, fordern gleichfalls diese Arbeitsgerichte und ein einheitliches soziales Arbeitsrecht. Bisher hat die Gesetzgebung arbeitsrechtlich die technischen und kaufmännischen Angestellten getrennt und die Techniker, soweit sie eine bestimmte Ge-

haltsgrenze nicht übersteigen, den Gewerbebezirken der Arbeiter zugeteilt.

Zum ersten Male dürfen sich an der Berliner Kaufmannsgerichtswahl auch die Handlungsgehilfinnen, also Frauen und Mädchen, als Wähler beteiligen, was gegen bisher das Wahlrecht nur den männlichen Handlungsgehilfen zuzustand. Der DHBV hat das Wahlrecht der Frauen bisher prinzipiell bekämpft. Noch im Jahre 1917 unterzeichnete er Eingaben, in denen er verlangte, daß den Frauen das Wahlrecht zu den Gemeinden und den parlamentarischen Körperschaften unter allen Umständen verweigert bleiben müsse. Da der DHBV sonst so gern betont, daß er politisch neutral sei, hätte man annehmen müssen, daß ihm die Frage des politischen Wahlrechts für Frauen gleichgültig sei. Die von ihm bisher ausgesprochene Ablehnung des politischen Frauenwahlrechts entspricht aber ganz seiner politischen Richtung. Mit diesem DHBV hat nun der Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten (WbV) vor einiger Zeit ein Bündnis geschlossen und bei der bevorstehenden Berliner Kaufmannsgerichtswahl wird dieser WbV versuchen, seine weiblichen Mitglieder dem DHBV als Wähler zuzuführen; denn die Handlungsgehilfinnen sind wohl aktiv wahlberechtigt, können aber nach den bisherigen Vorschriften als Kaufmannsgerichtsbeihilfen nicht gewählt werden. Diese Verbindung des DHBV und des WbV, erklärt sich daraus, daß beide den gleichen politischen Tendenzen huldigen. Wenn der WbV wirklich eine Organisation zur besonderen Wahrnehmung der Interessen der erwerbstätigen Frauen im Handelsgewerbe wäre, könnte er sich unmöglich zu einem solchen Bündnis mit dem DHBV hergeben. Von dem was der Zentralverband der Angestellten seit Jahrzehnten fordert und in der letzten Zeit, nachdem sich seine Mitgliederzahl immer mehr vergrößert, zum Teil praktisch durchgeführt hat, haben ihm der DHBV und der WbV einige Neuerlichkeiten abgekauft. Tatsächlich denken jedoch die dem Zentralverband der Angestellten bei der bevorstehenden Wahl als Konkurrenten gegenüberstehenden Verbände gar nicht daran, sich innerlich und ihrem Wesen nach in derselben Richtung wie der DHBV zu entwickeln; im Gegenteil sie versuchen, die Entwicklung, die die Angestelltenbewegung in den letzten Jahren genommen hat, nach rückwärts zu treiben. Der DHBV entlarvt sich dabei insofern, als er in einem Flugblatt erklärt hat: „Infolge des Revolutionskollers seien dem DHBV große Mitgliederzahlen zugeflossen.“ Der unverkennbare Fortschritt der Angestelltenbewegung der letzten Jahre ist dem DHBV also nicht etwas Bewegungswertes, sondern etwas, was er als verächtlich ablehnen und bekämpfen muß.

Verstärkter Kampf der Unternehmer gegen die bausewerbliche Sozialisierung.

Der Bauarbeiterverband schreibt: Der Deutsche Wirtschaftsbund für das Baugewerbe hat besser begriffen, um was es bei der von den Verbänden der bausewerblichen Arbeiter und Angestellten eingeleiteten Sozialisierung des Baugewerbes geht, als jene Kommunisten, die das Fortschreiten der bausewerblichen Sozialisierung durch ihr bloßes Geschimpfe über den „Sozialisierungsirrtum der Gewerkschaften“ zu sabotieren suchen. Das beweisen die Richtlinien über Abwehrmaßnahmen gegen die bausewerbliche Sozialisierung, die der Deutsche Wirtschaftsbund für das Baugewerbe schon vor längerer Zeit an seine Unterverbände erlassen hat.

In den Richtlinien werden die Unterverbände des Wirtschaftsbundes angewiesen, „alle Sozialisierungsbestrebungen im Baugewerbe mit aller Schärfe zu bekämpfen“, und zwar die Produktivgenossenschaft ebenso wie die Wagnerischen Bauhilfen und die kommunalen Regiebetriebe. Neben der theoretischen Behandlung in der Tages- und Fachpresse werden eine Reihe anderer Kampfmaßnahmen empfohlen. Den Unternehmern wird die ständige Beobachtung der sozialen Baubetriebe ihres Ortes zur Pflicht gemacht, damit sie den Behörden und sonstigen bausewerbenden Stellen den Beweis erbringen könnten, daß das Unternehmertum wirtschaftlicher arbeitet als die sozialen Betriebe. Um die Ergebnisse der Beobachtung allen Unternehmern nutzbar zu machen, hat der Wirtschaftsbund Fragebogen an alle Bezirks- und Ortsverbände versandt. Das Material, das auf diesem Wege hereinfließt, soll in geistig aufbereiteter Form den einzelnen Bezirksverbänden zugeföhrt werden und vor allen Dingen dazu dienen, die Öffentlichkeit über die Wirklichkeit der Produktivgenossenschaften zu unterrichten. Gegen Gemeinden, die infolge sozialistischer Zusammenfassung ihrer Vertretung Regiebetriebe einrichten, soll Beschwerde geführt werden „wegen nutzloser Vergebung öffentlicher von der Gesamtheit aufgebracht Mittel“. Um diesem Vorgehen Nachdruck zu verleihen, wird das

gesamte Handwerk zum Zusammengehen, sowie zur Veranstaltung von Demonstrationen und Protestversammlungen aufgefordert. Gegen bestehende Regiebetriebe soll in den Stadtparlamenten durch Interventionen vorgegangen werden, gegen Mitglieder der Produktivgenossenschaften nötigenfalls durch Entlassung. Um die Front der Unternehmer zu verfestigen, wird empfohlen, im Kampf gegen die Sozialisierung Interessengemeinschaften einzugehen mit den Unternehmern der Baubewegung und den Bauhilfshändlern, die von den Sozialisierungsbestrebungen in gleicher Weise in ihrem Bestande bedroht seien, wie die eigentlichen Bauunternehmer. Ganz besonders interessant ist folgender Satz in den Richtlinien:

„Als weiteres Moment zur Bekämpfung der Produktivgenossenschaften hat der Verwaltungsausschuß beschlossen, den einzelnen Unternehmern zu empfehlen, zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit die Kosten und den Unternehmergewinn auf ein Minimum zu beschränken.“

Dieser Satz gibt Aufschluß darüber, wie es kommt, daß in letzter Zeit das private Unternehmertum in Orten, wo die sozialen Baubetriebe bestehen, vielfach in niedrige Angebots macht, daß teilweise selbst die sozialen Baubetriebe nicht mehr mitkonkurrieren können. Es sind Kampfpreise, die die Unternehmer ansetzen, darauf berechnet, die sozialen Baubetriebe niederzukonkurrieren, um selbst wieder die Ausbeutungsfreiheit zu bekommen. Interessant ist ferner, daß jetzt, nachdem die sozialen Baubetriebe die Einführung neuer rationaler Arbeitsmethoden in Angriff genommen haben, auch der Wirtschaftsbund für das Baugewerbe das private Unternehmertum zur Einführung rationaler Arbeitsmethoden auffordert, um seine Konkurrenzfähigkeit zu erhalten. So beharren sich auch hier die sozialen Baubetriebe als vorwärtstreibende Kraft. Das gleiche ist der Fall auf dem Gebiete des Einfuhrs und der Kreditbeschaffung. Nachdem hier die sozialen Baubetriebe hinhaltend vorgegangen sind, fordert auch der Wirtschaftsbund für das Baugewerbe seine Mitglieder zur Gründung von Einfuhrs- und Lieferungsvereinigungen, sowie zur Benützung von Kreditgenossenschaften auf.

Für die Bauarbeiter aller Art sehr beachtenswert ist die Aufforderung des Wirtschaftsbundes an seine Mitglieder, durch die Einführung der verschiedenen Abfordersysteme (Gruppenabford, Abfordersystem, Zeitlohnabfordersystem usw.) in ihren Betrieben die Selbsttätigkeit der Arbeiter zu wecken, und mit Hilfe der Arbeiter selbst die sozialen Baubetriebe niederzukonkurrieren. Die Bauarbeiter werden peinlich darauf achten müssen, daß sich nicht feilschichtige Elemente unter ihnen zu solchen Indusdienst hergeben.

Alles in allem sind die Richtlinien des Wirtschaftsbundes für das Baugewerbe ein neuer klassischer Beweis dafür, wie notwendig die Gründung sozialer Baubetriebe war und wie legernd diese Betriebe in der kurzen Zeit ihres Bestehens schon gewirkt haben.

Gewerkschaften und Wiederaufbau. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Afa-Bund, Deutscher Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftsring verlangen in einer Eingabe an den Wiederaufbauminister:

1. Entscheidende Mitwirkung bei der Auftragsvergebung, insbesondere um die bevorzugte Berücksichtigung der Bezirke und der Industrien durchzuführen, die am schwersten von der Erwerbslosigkeit betroffen sind.
2. Durchführung der für die Unterbringung von Erwerbslosen ausfindenden Grundrissen hinsichtlich Einstellung, Arbeitsfreudigkeit, Schichtwechsel usw.
3. Sicherungen, daß bei der Ausführung der Aufträge die für die betreffenden Industrien tarifvertraglich vereinbarten Löhne und Arbeitsbedingungen anerkannt und durchgeführt werden.
4. Mitkontrolle der Preise für alle aus dem Wiederaufbau stehenden Sach- und Werkleistungen, um die Begrenzung des Unternehmerrückgewinns auf ein den Verhältnissen angemessenes Maß zu sichern und um die Vermeidung eines das Reich belastenden hohen Profits zu verhindern.
5. Zur Erreichung dieses Zweckes ist es notwendig, daß die Arbeiter- und Angestelltenverbände in die regionalen und fachlichen Leistungsverbände und Landesauftragsstellen mit maßgebendem Einfluß eingebunden werden, wie ihnen auch ein gleicher Einfluß in der zu bildenden Spitzenorganisationen der Leistungsverbände eingeräumt werden muß.

Aus aller Welt.

Turner noch Waffenhunde in Berlin. Mittwoch wurde bei dem Förster des Hauses Mollstraße 40 in Lichterfelde namens Gröndel eine Hausdurchsuchung vorgenommen, an der sich Kriminalbeamte und Schutzpolizisten beteiligten. Man fand 15 Gewehre, 98 Patronen, einen Kasten mit Munition und einen Maschinengewehr. Gröndel hatte sich seiner Festnahme durch die Flucht entzogen.

14 000 Zentner Getreide verbrannt. Ein Großfeuer, das vermutlich durch Selbstentzündung entstanden ist, wütete in der Walzmühle Weidling bei Stendal, wodurch der Getreidespeicher

Der Steinklopfer.

Der Sonne schwüle Mittagsglut liegt brütend auf der weiten Flur. Kein Wölkchen wehrt der Strahlenflut Und müde atmet die Natur. Der Dunk, der blaue Schleier weht, hängt bleiern über Wulst und Kied. Und nur die Grille jipst ihr Lied. Das knarrend durch die Halme weht. Die Weite flimmert blank und heiß. Wohl dem, der sich im Schatten weht!

Auf der Chaussee, die weit ins Land sich streckt wie ein gebleistes Band, Hockt Schattenhaft ein alter Mann, Der nur noch Steine klopfen kann Und den des Lebens herbes Weh Warf zu den Steinen der Chaussee. In hellen Perlen rinnt der Schweiß Vom leiser runenreichen Stirn, Um die sich graue Strähnen wirren. — Die Weite flimmert blank und heiß.

Geduldig klopft er das Gestein, Denn jeder Stein muß Steinchen sein. Und wenn im Damm ein Loch entsteht, Kühlt er die Senkung wieder glatt, Damit den Herren aus der Stadt Das Auto nicht ausfallen geht. Denn heute ist ein großer Fest, Ein Rennen um den ersten Preis, Der viele Ehren hoffen läßt. — Die Weite flimmert blank und heiß.

Der Hammer kräht. Der Junke sprüht Aus dem zerplatzten Granit. Und jeder Schlag klingt wie ein Schrei Vergeltender Erbitterung. War ich noch frei und stark und jung, Ich hämmerte die Welt ertümel — Die Welt, die über Reichen geht,

Wein der Profit auf hundert steht — Die Welt, die nur Vergnügen sucht; Sie sei verflucht — sie sei verflucht! Hast ein! Schau auf! Stehst du denn nicht Im fernem Dunst ein Bleichgesicht? Es ist der Tod — der kalte Tod ... Im Auto faulst er wild heran. — Die Weite flimmert blank und heiß. Tada! Tada! geht sein Signal, Das stöhnt wie Schmerz, das ächzt wie Leid. Gib acht — gib acht, o armer Mann! Hörst du es nicht? Tada! Tada! Bald hat er dich ... schon ist er nah ...

Da springt das Auto aus der Bahn, Ein Ruckeln plakt mit schmerzhaftem Knall. Ein Witz — ein Schrei — ein dumpfer Fall — Und um den Mann ist es getan. Neht liegt er, still am Aderrand, Rot quillt das Blut aus wunder Brust Und sidert in das harte Land. Und leuchtet wie der wilde Mann. — Das war ein Tag der Herrenlust, Ein Tag der großen Sensation! Viktor Kalinowski.

Alter Schäferhumor.

Der Schäfer, der vor dem Kriege bereits zu den aussterbenden Berufen gehörte, ist mit der Hebung der Schafzucht infolge des Fleisch- und Wollmangels wieder zu Ehren gekommen, und so bleibt unter der deutschen Landschaft noch eine charakteristische postkolonialistische Figur erhalten, die in Sage und Dichtung von alter her eine große Rolle gespielt hat. Merkwürdigerweise sind die Aufzeichnungen von den mittelalterlichen Schäfern meist O. K. in „Niederlachen“ zu erzählen. Daß die Schäfer stets als gute Wetterpropheten galten, ist bekannt, und ebenso weiß man auch von den Wunderkräften, die sie nicht nur an den Tieren, sondern auch an Menschen vollbracht haben mochten. Weiterweit kamen

früher die Leute zu einem heilkundigen Schäfer, um sich von ihm ein besonders wirksames Pulver zu holen. Die Bereitung dieser Medizin war sein vorzüglichstes bewährtes Geheimnis, das er erst bei seinem herannahenden Tod einer nahestehenden weiblichen Person mitteilte; die Eingeweihte mußte dann das Geheimnis einem Manne übermitteln, den ihr der Sterbende angab. Die Zusammenfassung eines solchen Schäferpulvers, wie es vor etwa 60 Jahren in Gebrauch stand, wird folgendermaßen beschrieben: Ein Teil feingehacktes Glas von Kirchenscheitern, einen Pfund eines blauen Pulvers, verbrannt, endlich ein bißchen Weizenkörner vom linken Knie! Dieses Pulver sollte mit Wein oder Weinbrand einmalt täglich eingenommen werden, es sollte ein Heilmittel gegen alle möglichen Suchten bilden, von denen es 30 geben sollte. Wenn der Kranke die Suchten loswerden wollte, so mußten sie gemessen werden. Sehr zahlreich sind die lustigen Geschichten, die von den Schäfern erzählt werden. So soll einmal ein Schäfer zum Pastor gegangen sein und ihn gebeten haben, er solle ihm doch gleich zwei Frauen antragen. Aber der Pastor sagte, er soll es zunächst nur bei einer bewenden lassen, er werde dann mal bei ihm nachfragen. Als der Pastor nach einem halben Jahre sich erkundigt ob er noch eine zweite Frau haben wolle, da antwortete der Schäfer: „O, Herr Pastor, das ist bloß um das Weiden und Waschen an den Füßen nach.“ (Ein Scherz). Ich hab das ganze Weiden an den Füßen nach. Ein anderer Schäfer kommt zum Pastor und sagt ihm, daß er sein Vieh mit einem Pulver behandeln wolle. Der Pastor rät ihm ab, weil die Drogen nichts taugen. Aber der Schäfer sagt: „Das ist 'nee glatte Drogen, um das da will so oft mit heben.“ Nicht lange danach trifft der Pastor den Schäfer mit einem ganz verblenden Kopf. „Na, sag er, heit das da nur mal was fragen?“ Ein Schäfer namens Johann Rohlfen, jagte sich wegen seines häßlichen Namens, sich mit feiner Brant aufbieten zu lassen. Er bat daher den Pastor, er solle doch seinen Namen nicht so geradeaus sagen, sondern ihn ein bißchen vermanneln und vermanneln, er wolle ihm auch einen neuen Namen geben. Am Sonntag sagte nun der Pastor auf der Kanzel: „Es wird aufgegeben der sogenannte Johann, dessen vermannelt, und vermannelt, was der hochhinterm Weibe dummheit, der Witz- und Hüttenmacher, der hochhinterm weibische, rauchende und pfeifende Feldmarschall.“ Über diese schöne Umschreibung war der Schäfer so begeistert, daß er dem Pastor zwei Dankschreiben brachte.

und verschiedene Nebengebäude vollständig ausbrannten. Den Feuerwehren gelang es, den Brand einzuschränken. Von den 14000 Zentnern Getreide dürfte nur noch ein Teil verpöndbar sein. Der Betrieb wird auf mindestens 14 Tage stillgelegt.

Ein märkliches Dorf niederbrannt. Das alte, 800 Einwohner zählende Dorf Gröfch bei Rottbus ist von einem tragischen Unglück betroffen worden. Während die Bewohner im benachbarten Feinestrück in der Kirche waren, brach auf bisher unauffällige Weise Feuer aus. Der starke Wind warf die Feuerarbeiten auf die Strohdächer, die sofort ausluderten. Die gesamte Ortschaft ist vernichtet. Einigkeit wurden zehn Gehöfte mit 80 Gebäuden. Sehr viel Vieh kam in den Flammen um.

Kesselexplosion auf den Lennawerken. Auf den Lennawerken in Halle erfolgte gestern eine Kesselexplosion. Bei der 14 Arbeiter schwer verletzt wurden. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht aufgeklärt.

Unterschlagungen beim Eis- und Ausfuhrmarkt in Gms. Bei dem hiesigen Eis- und Ausfuhrmarkt wurden größere Unterschlagungen aufgedeckt. Vier Kassanangestellte sind bereits in Haft genommen. Ein weiterer, der sich auf Urlaub befindet, ist der Teilnahme verdächtig. Die unterschlagene Summe wird bis jetzt auf 500 000 Mk. angegeben. Das Kassabuch, das von den Leitern am Sonnabend in die Lohngeworfen wurde, ist wieder aufgefunden worden.

Millionen-Unterschlagungen eines Börsenkommissionärs. Wie aus Budapest gemeldet wird, nimmt dort die Angelegenheit des geflüchteten Börsenkommissionärs Marton, der durch seine Tätigkeit die West-Ost-Verkehrsverhältnisse zum Sturz brachte, immer größeren Umfang an. Während sich die zuerst gemeldete Schadenssumme nur auf 500 000 Kronen belief, hat sich gestern die Schadenssumme aus den neuerlich erstatteten Anzeigen auf 20-26 000 000 ungarische Kronen erhöht. Es stehen aufsehenerregende Verhaftungen bevor.

Bootsunglück vor Hülgen. Auf dem kleinen Jasmunder Bodden kenterte ein Segelboot, in dem fünf Personen Platz genommen hatten, obwohl es nur für drei bestimmt war. Drei der Insassen ertranken. Bei Ramin kenterte ein Boot, wobei zwei Bewohner aus Heidebrink ertranken.

Zwanzig Häuser niedergerannt. In Wajungen bei Meiningen entstand ein Großfeuer, dem über 20 Häuser und zahlreiche Scheunen mit der gesamten Ernte zum Opfer gefallen sind.

Mit einer Kugel im Herzen. Vor etwa acht Tagen wurde auf dem Eisenacher Friedhof ein junger Mann mit einer Schusswunde in der Brust bewußtlos aufgefunden. Die Ärzte stellten

fest, daß der Schuß ins Herz gegangen war und daß die Herzaktivität anscheinend bereits aufgehört hatte. Schon wollte man den Leichen in die Leichenhalle bringen; als plötzlich das Herz wieder zu schlagen begann. Der Mann wurde darauf ins Krankenhaus gebracht, wo er sich wider Erwarten sehr rasch erholte, so daß jetzt mit seiner völligen Wiederherstellung gerechnet werden kann. Nach der ärztlichen Untersuchung hat die Kugel Brust- und Herzbeutel des Lebensmüden durchbohrt und ist im Herzbeutel stecken geblieben. Es liegt also der seltene Fall vor, daß ein Mensch mit einer Kugel im Herzen weiterleben kann.

Eine Film-Räuberbande. Ein frecher Betrüger hat kürzlich die kleine schwedische Stadt Källingsbro genannt. Einem schönen Tages erschien in dem Städtchen ein Mann, der angab, er sei Schauspieler und solle für eine große schwedische Filmgesellschaft die Aufnahme des großen Films „Jwan Munt, tragisches Schicksal eines Meisterdiebes“ vorbereiten. Er quartierte sich in einem Hotel ein und traf nun eifrig seine Vorbereitungen. Für eine Schauspielertruppe von 80 Mann sollte Wohnung und Essen beschafft werden. Ferner sollten von Dorebro 200 Mann Militär kommen, die ebenfalls untergebracht werden mußten; für ihre Verpflegung mußte Stallung beschafft werden. Für alles versprach der Mann reichliche Bezahlung. Dann stellte er einen Teil der Ortsbevölkerung, meist junge Mädchen, an, die für zehn Tage 500 Kronen erhalten sollten. Da aber unter diesen Statisten erst eine Auswahl zu treffen war, so erhielt jeder ein Blatt mit 35 mimischen Abbildungen zu Übungszwecken. Fast alle Arbeitslosen der Stadt wurden angeworben, um beim Bau eines Schlosses zu helfen. So war fast der ganze Ort für die Filmaufnahme angespannt, und die jungen Mädchen schwammen in Entzücken, da zwei der bekanntesten schwedischen Schauspieler mitspielen sollten. So vergingen die Tage. Immer mehr Leute wurden vom Filmfieber ergriffen, bis der Hotelwirt eines Tages auf den Gedanken kam, die Stockholmer Filmgesellschaft anzurufen. Nun kam der Schwindel ans Licht, und der Betrüger wurde von der Polizei aufgefordert, am nächsten Tage Aufklärung zu geben. Natürlich wartete er den Morgen nicht ab, sondern verschwand in der Nacht und hinterließ sein Schloß, seine Statisten und eine fette Hotelrechnung.

Schwimmfest zu unterstützen. Außer Lübeck waren auch Hamburg und Altona erschienen. In der Männerlagensstaffel 4x50 m konnte Lübeck als dritter durchs Ziel gehen, im Wasserballspiel gewann Lübeck gegen Kiel mit 4:0. Hamburg Altona spielte 1:1. Das Turmaruppspringen von 12 m Höhe fand bei dem stark besuchten Feste großen Beifall. Am Sonntag, dem 28. Aug., findet nachmittags 1/3 Uhr im Krähentisch das erste Schwimmfest des Freien Wasserportvereins, Lübeck statt, zu welchem Hamburg, Altona, Kiel, Bremen, Sande, Verden, auch an den einzelnen Konkurrenzen teilnehmen. Im Wasserballspiel werden sich Lübeck gegen Sande-Verden und Hamburg gegen Altona messen. Für ein reichhaltiges Programm ist Sorge getragen.

Der Lüb. Arbeiter-Schachverein tritt nach kaum monatlichem Bestehen zum ersten Male an die Öffentlichkeit, um mit seinen Hamburger Freunden am Sonntag, dem 28. August einen Wettstreit auszutragen. Die Hamburger rufen mit 12 erprobten Kampfern zum Gefecht an. Die Lübecker Arbeiter-Schachbrüder sehen zuversichtlich dem friedlichen Ausgang des Kampfes entgegen. (1. Anzeiger.)

Warnemünde I—A.S.V. Markt I 0:1. Ein recht spannendes Spiel wurde am letzten Sonntag von den beiden Vereinen ausgetragen. Nach den Resultaten Warnemünde I—Schmerin I 11:1 und Güstrow—Warnemünde 1:3 stand A.S.V. Markt ein schwerer Kampf bevor. Warnemünde, des Sieges gewiß, setzte scharf ein, mußte aber bald sehen, daß bei Markler Verteidigern schlecht durchzukommen war. Mit langen Schüssen wurden die Stürmer immer wieder vor der Gasse Tor angetrieben. Auch hier waren Verteidigung und Torwart sehr gut. Nach Halbzeit gelang den Halbrechten Markls scharf in die linke Ecke einzufinden. Gleichgültig war den Gästen nicht mehr möglich. Markt rechts außen mußte den Ball viel schneller abgeben, sonst klappte alles vorzüglich. Unter den Gästen war auch Gen. Jarchow zu erkennen, früher A.S.V. I. Nur immer solche gute Verständigung während des Spiels, Genossen von Markt, dann wird noch mancher Erfolg zu buchen sein.

Sport.

Am Sonntag, dem 21. August weilte der Freie Wasserportverein, Lübeck mit einigen Mannschaften in Kiel, um dort den Freien Schwimmverein an der Kieler Förde bei seinem ersten

Inferate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im — Lübecker Volksboten —

Ladenschluß.

Während der Dauer der Nordischen Woche für die Zeit vom 1. bis 11. September wird Ziffer 1 der Bekanntmachung über den Ladenschluß vom 28. September 1918 dahin abgeändert:

- 1) Alle Läden sind um 7 Uhr abends zu schließen. Die beim Ladenschluß im Laden anwesenden Kunden können noch bedient werden. Die künstliche Beleuchtung der Läden ist auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken; sie muß 7 1/2 Uhr abends vollständig aufhören.

Lübeck, den 24. August 1921. (5668)

Das Polizeiamt.

Ein Mädchen
nach der Schulzeit.
5678) Fischstr. 34, dt. links.

Schneidergefelle.
Martin Furböter,
5686) Pferdemarkt 12.

Mod. Sanduhr z. f. gel. Ang.
m. Br. u. H 10 a. d. Exp. (5674)

Verloren Korallenfette.
5673) Abzug. Süßstr. 117.

Halbhohe Holenträger
Herrenmische
Krawatten 5660
in großer Auswahl.
Papier-Mische
(Kunststoff) zu Fabrikpreisen.
Aug. Janensch
Sandstraße 6.

Geräucherte Aale,
„**Röcklinge,**
„**Roches**
Paul Lohrmann
5681) Sandstr. 95.

Spez. Verlobungsringe
338, 585, 750,
und 900 gest.
Silberwaren,
Schmuckstücke.

Willi Westfaling,
32 Goldschm.
32
Uhren- und Goldwaren-
Reparatur-Rechtsh. (5659)

Karl Lohr, Wiltshofstr. 16.
Der frische Schlachting.
Pa. Brat. Rost. & 12.
ger. fett. Speck 13.
Speckfleisch 10.
fett. Rohschinken 10.
fr. Schinken 15.
Suppenfleisch 1.
fettes Hammelf. 12.
Ger. ganz gut. Speck 16.
fett und mager. (5672)

G. Nachmad-Hen
zu verk. Zentner 30 Mk.
5690) Krempefeld. Allee 56.

Edwards Hauswaren
laufen vorteilhaft in der
Markthalle
unter der Uhr

Billiges Angebot
in
Schinken
Speck
Speckfett
Wurstwaren
Einmachehirschen, Äpfel,
Tomaten usw.
Wiederverkäufer hohen
Preisnachlaß. (5694)

1 Damenrad 120 Mk.
Nähmaschinen von 150-800
Mk., gut nähend, auch
gegen Tauch. Mantel u.
Schlauche la. billigst. (5679)
Nähmasch. u. Fahrrad-Reparatur-
Reparatur-Rechtsh. Handig.
Stein, Karpfenstr. 20.

Achtung!
Achtung!
Deute und folgende Tage
jetzt
jetzt **Judenhe. 10.**
Karl Lübker 5685
Reichsblatler. Fischstr. 43

Billiges Angebot
in Herren-, Junglings-, Knaben-
Anzügen, Mänteln, prima
Stoffe, Goldschm., Silber,
Manchester, Weißbier, Gem.
denktuch, Zigaretten, Damen-
Röcke von 19.50 Mk. an.
Winter-Unterzeuge billig.
Kaufhaus Franz Wehrandt.
5690) Balanierstr. 35.

Neues
Volksliederbuch
mit Anlehnung zur
Landesgeschichte.
Preis Mk. 5.50.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 48.

Opföfils-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend mache
hiermit bekannt, daß ich das bisher von Frau Simon geführte

Shuif- und
Wundern-Opföfils
Urnimstraße 13b

übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein, stets gute, reelle
Ware bei mäßiger Preisberechnung abzugeben und bitte ich, mein
Unternehmen freundlichst unterstützen zu wollen. (5687)

Hochachtungsvoll
Karl Japfel
Fleischmeister.
Telephon 3408.



Zum

Geburstag

zur Verlobung und bei ähnlichen Anlässen
eignen sich hervorragend als Festgeschenke:
Briefkassetten, Briefmappen,
Damenschreibmappen,
Blumenbriefkarten
mit Umschlägen,
Notizbüchlein,
Visitenkarten
oder ein gutes Buch
aus unserer reichen Unterhaltungsliteratur.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co
Lübecker Volksbote
Beachten Sie unsere Schaufenster!



ist ein
wohlschmeckender
Kalkkakao für Kinder, werdende
und stillende Mütter, für Kranke
für Schwache und
Nervöse

in Apotheken
und Drogerien zu haben
Hergestellt von der Chemischen
Fabrik Marienfelde GmbH.
Berlin-Marienfelde

Johann Möllers Fleischquelle, Gürtstr. 83-85
frisch, Rindfleisch Pfd. 5 M., frisch, Schweinefleisch 16 M.,
Beefsteak u. Rostfleisch 10 M., frisch, Hammelfleisch 8 M.,
frisches Gehacktes Pfd. 8 M., frisches Gulasch Pfd. 8 M.
Kaufe Schweine, Rinder, Hammel. Fernruf 8544. (5684)

Fettes Rindfleisch Pfd. 5.50
Sack & S. — Braten & 6.50 Gulasch & 9. —
Beefsteak-Rostf. & 10. — Hammelfleisch & 8. —
(5689) **O. Stöver,** Wahnstr. 22.
Telephon 2133.

Bei **Schuh-Buchholtz**
Schwartauer Allee 4 Gr. Burgstr. 36
finden Sie gute und preiswerte
Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel.
Ein Posten starke sehr billige Kinderstiefel
27/30 M. 50.—, 31/35 M. 60.—, 36/39 M. 75.—.
Schuhbesohlung und Reparatur
sofort, sauber, billig. (5670)
Verkauf v. Kern-Ledersohlen, Lederabfällen,
Gummilabsätzen und sonstigen
Schuhbedarfsartikeln.

Program-
Entwurf
der S.P.D.
Ein Kommentar.
Preis Mk. 6.—
Zu haben bei
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.